

<i>Name:</i>	Partei für Gerechtigkeit und Menschlichkeit
<i>Kurzbezeichnung:</i>	PGM
<i>Zusatzbezeichnung:</i>	-

Anschrift: **Otto-Suhr-Straße 22/ 4-101
26131 Oldenburg**

Telefon: **0163 7046602**

Telefax: -

E-Mail: **info@pgm-partei.de**

I N H A L T

Übersicht der Vorstandsmitglieder

Satzung

Programm

(Stand: 01.06.2026)

Name:

Partei für Gerechtigkeit und Menschlichkeit

Kurzbezeichnung:

PGM

Zusatzbezeichnung:

-

Bundesvorstand:

Vorsitzender:

Nico Jirsa

Stellvertretender Vorsitzender für Finanzen:

Paul Klopstock

Stellvertretender Vorsitzender für Programmatik:

Lukas Graff

Stellvertretender Vorsitzender für Organisation:

Eric Welscher

Stellvertretender Vorsitzender für Presse &

Öffentlichkeitsarbeit:

Norgand Schwarzlose

Beisitzende:

Cora Jirsa

Sven Barger

Marco Mertens

Landesverbände:

Niedersachsen:

Vorsitzender:

Nico Jirsa

Stellvertretender Vorsitzender für Finanzen:

Paul Klopstock

Stellvertretender Vorsitzender für Programmatik:

Lukas Graff

Stellvertretender Vorsitzender für Organisation:

Marco Mertens

Stellvertretender Vorsitzender für Presse &

Öffentlichkeitsarbeit:

Norgand Schwarzlose

Beisitzer:

Sven Barger

Partei für Gerechtigkeit und Menschlichkeit

PGM

Bundessatzung – Beschlossene Fassung vom 16.05.2026

Enthält: Bundessatzung · Bundesschiedsgerichtsordnung · Finanzordnung · Code of Conduct

Bundessatzung der PGM

§ 1 Name, Kurzbezeichnung und Sitz

- (1) Die Partei führt den Namen Partei für Gerechtigkeit und Menschlichkeit, die Kurzbezeichnung lautet PGM.
- (2) Der Sitz der Partei ist Oldenburg (Oldb).
- (3) Der Tätigkeitsbereich der PGM ist die Bundesrepublik Deutschland.

§ 2 Zweck und Ziele

- (1) Die PGM ist eine Partei im Sinne des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland und des Parteiengesetzes. Sie wirkt an der politischen Willensbildung des Volkes auf allen politischen Ebenen mit.
- (2) Ziel der PGM ist die Förderung einer Gesellschaft, die die menschliche Würde, soziale Gerechtigkeit und nachhaltigen Fortschritt ins Zentrum politischen Handelns stellt.

§ 3 Erwerb der Mitgliedschaft

- (1) Mitglied der Partei kann jede Person werden, die das 14. Lebensjahr vollendet hat, die Grundsätze und das Programm der PGM anerkennt und nicht durch ein Gericht das Wahlrecht oder die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter verloren hat.
- (2) Die Mitgliedschaft in einer anderen, mit der PGM im Wettbewerb stehenden Partei oder in Organisationen, deren Ziele den Grundsätzen der PGM widersprechen (insbesondere extremistische Organisationen), ist mit der Mitgliedschaft in der PGM unvereinbar.
- (3) Über den schriftlichen Aufnahmeantrag entscheidet der zuständige Vorstand.
- (4) Alle Mitglieder haben das Recht, an der politischen Willensbildung der Partei teilzunehmen und ihr Stimmrecht gemäß der Satzung auszuüben.

§ 4 Rechte und Pflichten der Mitglieder

- (1) Jedes Mitglied hat das Recht:
 1. Im Rahmen der Gesetze und dieser Satzung mit gleichem Stimmrecht (§ 10 Abs. 2 PartG) an der Willensbildung, den Wahlen und Abstimmungen der Partei teilzunehmen.

2. An Versammlungen und Veranstaltungen der Partei teilzunehmen und dort das Wort zu ergreifen.
3. Anträge an die zuständigen Organe der Partei zu stellen.
4. Sich um Parteiämter und parlamentarische Mandate zu bewerben (passives Wahlrecht). Für die Kandidatur zu Parteiämtern ist die Vollendung des 16. Lebensjahres erforderlich.
5. Über die Arbeit der Parteiorgane und die Verwendung der Finanzen informiert zu werden.

(1a) Alle Mitglieder der Partei und die Vertreter in den Parteiorganen haben gleiches Stimmrecht im Sinne des § 10 Abs. 2 PartG. Die Ausübung des Stimmrechts kann davon abhängig gemacht werden, dass das Mitglied seine Beitragspflicht erfüllt hat.

(2) Jedes Mitglied hat die Pflicht:

1. Die Ziele der PGM (Gerechtigkeit und Menschlichkeit) aktiv zu unterstützen und die Grundsätze des Programms zu vertreten.
2. Die Bestimmungen der Satzung und die satzungsgemäß gefassten Beschlüsse der Parteiorgane zu achten.
3. Regelmäßig Mitgliedsbeiträge gemäß der Beitragsordnung zu leisten.
4. Im Falle der Übernahme eines kommunalen oder parlamentarischen Mandats die in der Beitragsordnung festgelegte Mandatsträgerabgabe (20 %) an die Partei abzuführen.
5. Das Ansehen der Partei in der Öffentlichkeit nicht vorsätzlich zu schädigen.

§ 5 Beendigung der Mitgliedschaft

Die Mitgliedschaft endet durch Tod, Austritt oder Ausschluss. Der Austritt ist jederzeit schriftlich gegenüber dem zuständigen Vorstand oder Bundesvorstand möglich.

§ 6 Gliederung

(1) Die PGM gliedert sich in Landesverbände. In Bundesländern, in denen kein Landesverband besteht, übernimmt der Bundesverband deren Aufgaben.

(2) Die Landesverbände können sich unter bestimmten Bedingungen, die der Bundesvorstand regelt, in Untergliederungen (z. B. Kreis- und Ortsverbände) unterteilen. Das Nähere regeln die Landessatzungen, die der Bundessatzung nicht widersprechen dürfen.

§ 7 Zugehörigkeit zu Gebietsverbänden

(1) Ein Mitglied gehört in der Regel dem Gebietsverband an, in dem es seinen Hauptwohnsitz hat.

(2) Auf begründeten Antrag an den zuständigen Vorstand kann ein Mitglied jedoch einem anderen Gebietsverband (z. B. am Ort des Zweitwohnsitzes, des Arbeitsplatzes oder der Ausbildung) beitreten. Über den Antrag entscheidet der Vorstand des aufnehmenden Gebietsverbandes im Einvernehmen mit dem bisher zuständigen Verband.

§ 8 Ordnungsmaßnahmen gegen Mitglieder (§ 10 PartG)

(1) Gegen Mitglieder, die gegen die Satzung, gegen die Grundsätze oder gegen die Ordnung der Partei verstoßen, kann der Vorstand folgende Ordnungsmaßnahmen beschließen. Der Code of Conduct der PGM ist verbindliche Ordnung der Partei im Sinne des § 10 Abs. 3 und 4 PartG.

1. Verwarnung,
2. Gespräch mit der Ombudsperson,
3. Enthebung von Parteifunktionen,
4. Ausschluss aus der Partei.

(2) Ein Mitglied kann nur ausgeschlossen werden, wenn es vorsätzlich gegen die Satzung oder erheblich gegen den Code of Conduct der Partei verstößt und ihr damit schweren Schaden zufügt. Über den Ausschluss entscheidet das zuständige Schiedsgericht auf Antrag des Vorstandes.

(3) In dringenden und schwerwiegenden Fällen, die sofortiges Eingreifen erfordern, kann der Bundesvorstand ein Mitglied vorläufig von der Ausübung seiner Mitgliedsrechte ausschließen, bis das zuständige Schiedsgericht eine Entscheidung getroffen hat. Der vorläufige Ausschluss ist dem Mitglied unverzüglich schriftlich mitzuteilen und zu begründen. Er tritt außer Kraft, wenn das Schiedsgericht nicht innerhalb von drei Monaten eine Entscheidung trifft oder den Ausschluss nicht bestätigt. (§ 10 Abs. 5 Satz 4 PartG)

(4) Im Falle der Enthebung von Parteiämtern oder der Aberkennung der Fähigkeit zu ihrer Bekleidung ist der Beschluss des zuständigen Organs schriftlich zu begründen und dem betroffenen Mitglied zuzustellen. (§ 10 Abs. 3 Satz 2 PartG)

§ 8a Ordnungsmaßnahmen gegen Gebietsverbände (§ 16 PartG)

(1) Gegen Gebietsverbände der PGM können bei schwerwiegenden Verstößen gegen die Grundsätze oder die Ordnung der Partei folgende Maßnahmen ergriffen werden:

1. Rüge durch den Bundesvorstand,
2. Einsetzung eines kommissarischen Vorstands,
3. Auflösung des Gebietsverbands oder Ausschluss aus der Partei.

(2) Maßnahmen nach Abs. 1 Nr. 2 und 3 dürfen nur durch den Bundesparteitag mit Zweidrittelmehrheit beschlossen werden. Der Bundesvorstand kann bis zur Entscheidung des Bundesparteitags vorläufige Maßnahmen treffen; diese treten außer Kraft, wenn sie nicht auf dem nächsten Bundesparteitag bestätigt werden.

(3) Gegen Maßnahmen nach Abs. 1 Nr. 3 ist die Anrufung des Bundesschiedsgerichts zulässig.

(4) Der Bundesvorstand teilt Maßnahmen nach Abs. 1 dem betroffenen Gebietsverband schriftlich unter Angabe der Gründe mit.

§ 9 Organe der Bundespartei

Die Organe der Bundespartei sind:

1. Der Bundesparteitag,
2. Der Bundesvorstand.

§ 10 Der Bundesparteitag

(1) Der Bundesparteitag ist das oberste Organ der PGM. Er findet mindestens alle zwei Jahre statt. Er kann als Präsenzversammlung, als virtuelle Versammlung oder als hybride Versammlung abgehalten werden. Die Form des Bundesparteitags wird durch den Bundesvorstand bestimmt, soweit diese Satzung nichts anderes bestimmt. (§ 9 Abs. 1 PartG)

(2) Der Bundesparteitag entscheidet über das Grundsatzprogramm, das Wahlprogramm, die Satzung, die Finanzordnung inklusive Beitragsordnung und die Schiedsgerichtsordnung sowie über die Auflösung der Partei und die Verschmelzung mit anderen Parteien.

(3) Er wählt in geheimer Wahl den Bundesvorstand, die Rechnungsprüfer und die Mitglieder des Bundesschiedsgerichts.

(4) Der Bundesparteitag nimmt mindestens alle zwei Jahre einen Tätigkeitsbericht des Bundesvorstands entgegen und fasst über ihn Beschluss. Der finanzielle Teil des Berichts ist vor der Berichterstattung durch die Rechnungsprüfer zu prüfen.

(5) Der Bundesparteitag tagt als Mitgliederversammlung. Sobald die Größe der Partei eine Mitgliederversammlung unpraktikabel macht, kann der Bundesparteitag mit Zweidrittel-Mehrheit beschließen, künftige Parteitage als Delegiertenversammlung durchzuführen. Die Delegierten werden in den Gebietsverbänden in geheimer Wahl für eine Dauer von maximal zwei Jahren gewählt. Die Zahl der Delegierten je Gebietsverband bemisst sich in erster Linie nach der Zahl der in dem jeweiligen Gebietsverband vertretenen Mitglieder. (§ 13 PartG) Das Nähere zur Verteilung der Delegiertenmandate regelt eine vom Bundesparteitag zu beschließende Wahlordnung.

(6) Ein außerordentlicher Bundesparteitag ist unverzüglich einzuberufen, wenn:

- der Bundesvorstand dies mit einfacher Mehrheit beschließt, oder
- mindestens drei Landesverbände oder 10 % der Mitglieder dies unter Angabe von Gründen schriftlich verlangen.

(7) Die Einberufung des Bundesparteitages erfolgt durch den Bundesvorstand unter Einhaltung einer Frist von vier Wochen (drei Wochen bei einem außerordentlichen Parteitag). Die Einladung erfolgt schriftlich oder in Textform (z. B. per E-Mail) an die zuletzt bekannte Anschrift der Mitglieder unter Beifügung der vorläufigen Tagesordnung. In dringenden, begründeten Fällen kann die Frist auf zwei Wochen verkürzt werden.

(8) Der Bundesparteitag ist beschlussfähig, wenn er ordnungsgemäß geladen wurde und mindestens 15 % der stimmberechtigten Mitglieder (bzw. Delegierten) anwesend sind. Wird diese Zahl nicht erreicht, kann der Vorstand zu einem neuen Termin mit derselben Tagesordnung einladen; dieser ist dann ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlussfähig, sofern darauf in der Einladung hingewiesen wurde.

(9) Satzungsänderungen bedürfen einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen gültigen Stimmen des Bundesparteitages. Änderungen des Grundsatzprogramms bedürfen einer einfachen Mehrheit.

(10) Über jede Sitzung des Bundesparteitages ist ein Protokoll zu führen. Das Protokoll enthält mindestens: Ort, Datum, Zahl der anwesenden Stimmberechtigten, Tagesordnung, Wortlaut der Beschlüsse sowie Abstimmungsergebnisse. Das Protokoll wird vom Sitzungsleitenden und dem von der Versammlung zu Beginn bestimmten Protokollführenden unterzeichnet und allen Mitgliedern auf Anfrage zugänglich gemacht.

(11) Das Antragsrecht ist so zu gestalten, dass eine demokratische Willensbildung gewährleistet bleibt. Insbesondere müssen auch Minderheiten ihre Vorschläge ausreichend zur Erörterung bringen können. Jedes Mitglied ist berechtigt, Anträge zur Tagesordnung des Bundesparteitages zu stellen. Anträge sind spätestens eine Woche vor dem Parteitag schriftlich beim Bundesvorstand einzureichen. Dringlichkeitsanträge können mit einfacher Mehrheit des Parteitages zugelassen werden. Bei Wahlen und Abstimmungen ist eine Bindung an Beschlüsse anderer Organe unzulässig. (§ 15 Abs. 3 PartG)

§ 11 Der Bundesvorstand

(1) Der Bundesvorstand leitet die Bundespartei. Er führt die Beschlüsse des Bundesparteitages aus.

(2) Dem Bundesvorstand gehören an:

1. Der/die Bundesvorsitzende,
2. Drei stellvertretende Bundesvorsitzende, jeweils einer für die Ressorts Presse und Öffentlichkeitsarbeit, Programmatik und Organisation,

3. Der/die stellvertretende/r Vorsitzende/r für Finanzen (Bundesschatzmeister/in),
4. Bis zu sechs Beisitzer/innen.

(3) Die Mitglieder des Bundesvorstandes werden für die Dauer von zwei Jahren gewählt. Eine Wiederwahl ist zulässig.

(3a) Inkompatibilitätsregel (§ 11 Abs. 2 Satz 3 PartG)

Der/die Bundesvorsitzende und der/die Bundesschatzmeister/in dürfen nicht gleichzeitig in einer der PGM nahestehenden politischen Stiftung eine vergleichbare Funktion (insbesondere Vorsitz oder Schatzmeisterfunktion) ausüben.

(4) Die Wahl der Beisitzer/innen kann auf Beschluss des Bundesparteitages in einem gemeinsamen Wahlgang (Blockwahl) erfolgen. Auch bei der Blockwahl ist die Stimmabgabe für jede/n einzelne/n Kandidaten/in geheim durchzuführen; die technische oder organisatorische Ausgestaltung hat dies sicherzustellen. (§ 15 Abs. 2 PartG).

(5) Die Partei wird gerichtlich und außergerichtlich durch den/die Bundesvorsitzende/n allein oder durch zwei stellvertretende Vorsitzende gemeinsam vertreten.

§ 12 Gleichstellung und Repräsentation

Die PGM strebt bei der Besetzung von Parteiämtern und der Aufstellung von Kandidatenlisten eine ausgewogene Repräsentation von Frauen und Männern sowie eine Berücksichtigung verschiedener Altersgruppen, Regionen und gesellschaftlicher Hintergründe an.

§ 12a Meldepflichten gegenüber dem Bundeswahlleiter (§ 6 Abs. 3 PartG)

(1) Der Bundesvorstand ist verpflichtet, dem Bundeswahlleiter folgende Unterlagen mitzuteilen und auf aktuellem Stand zu halten:

1. Satzung und Programm der Partei,
2. Namen der Vorstandsmitglieder der Partei und der Landesverbände mit Angabe ihrer Funktionen,
3. Auflösung der Partei oder eines Landesverbandes.

(2) Änderungen zu Abs. 1 Nr. 1 und 2 sind bis zum 31. Dezember des jeweiligen Kalenderjahres beim Bundeswahlleiter anzuzeigen. Der/die Bundesvorsitzende trägt die Verantwortung für die fristgerechte Erfüllung dieser Pflicht.

§ 12b Arbeitsgemeinschaften und thematische Gruppen

(1) Zur Vertiefung politischer Arbeit können innerhalb der PGM Arbeitsgemeinschaften (AGs) zu bestimmten Themenfeldern gebildet werden. Die Gründung erfolgt auf Beschluss des Bundesvorstandes oder des Bundesparteitags.

(2) Arbeitsgemeinschaften erarbeiten Positionen und Anträge für den Bundesparteitag. Sie besitzen keine eigenständige Rechtspersönlichkeit und unterliegen den Beschlüssen des Bundesvorstandes.

(3) Jede Arbeitsgemeinschaft wählt eine/n Sprecher/in und gibt sich eine Geschäftsordnung, die der Genehmigung des Bundesvorstandes bedarf.

§ 13 Ombudspersonen

(1) Zur Förderung der innerparteilichen Demokratie und zur Beilegung von internen Konflikten wählt der Bundesparteitag mindestens zwei Ombudspersonen (möglichst paritätisch besetzt) für die Dauer von zwei Jahren.

(2) Die Ombudspersonen dürfen keinem anderen Organ der Bundespartei (Bundesvorstand, Bundesschiedsgericht) angehören und nicht in einem Dienstverhältnis zur Partei stehen.

(3) Sie sind in ihrer Tätigkeit unabhängig, weisungsfrei und zur Verschwiegenheit verpflichtet.

(4) Die Ombudspersonen erstatten dem Bundesparteitag einmal jährlich einen Bericht über ihre Tätigkeit in anonymisierter Form. Sie können an Sitzungen des Bundesvorstands beratend ohne Stimmrecht teilnehmen.

§ 14 Schiedsgerichtsbarkeit

(1) Zur Schlichtung und Entscheidung von Streitigkeiten der Partei oder eines Gebietsverbandes mit einzelnen Mitgliedern sowie über die Auslegung und Anwendung der Satzung wird ein Bundesschiedsgericht gebildet. Das Nähere regelt die Bundesschiedsgerichtsordnung, die Bestandteil der satzungsrechtlichen Bestimmungen ist.

(2) Das Bundesschiedsgericht ist zugleich gemeinsames Schiedsgericht für alle Landesverbände, in denen noch kein eigenes Landesschiedsgericht besteht. Es ist in diesen Fällen erstinstanzlich zuständig für Streitigkeiten zwischen dem jeweiligen Landesverband und einzelnen Mitgliedern sowie für Fragen der Auslegung und Anwendung der Landessatzung. Diese Regelung dient als ausdrückliche Übergangslösung im Sinne des § 14 Abs. 1 PartG und stellt sicher, dass die gesetzlich geforderte Schiedsgerichtsbarkeit auf Ebene der Landesverbände bis zur Errichtung eigener Landesschiedsgerichte gewährleistet ist. Dies erfüllt die Anforderung des § 14 Abs. 1 PartG, der Schiedsgerichte bei der Partei und den Gebietsverbänden der jeweils höchsten Stufe fordert. Gegen Entscheidungen des Bundesschiedsgerichts in dieser Funktion ist die Berufung an die Berufungskammer gemäß Abs. 3 zulässig.

(2a) Sobald ein Landesverband ein eigenes Landesschiedsgericht errichtet und dies dem Bundesvorstand schriftlich anzeigt, tritt das Landesschiedsgericht an die Stelle des Bundesschiedsgerichts als erstinstanzliches Gericht für Streitigkeiten auf Landesebene. Das Bundesschiedsgericht bleibt in diesem Fall Berufungsinstanz.

(3) Gegen Entscheidungen des Bundesschiedsgerichts in erster Instanz ist die Berufung an die Berufungskammer des Bundesschiedsgerichts zulässig. Die Berufungskammer gilt als Schiedsgericht höherer Stufe im Sinne des § 10 Abs. 5 PartG. Sie besteht aus drei vom Bundesparteitag eigens dafür gewählten Mitgliedern, die an der erstinstanzlichen Entscheidung nicht beteiligt waren.

(4) Sobald ein Landesverband gegründet wurde, ist er verpflichtet, spätestens 24 Monate nach seiner Gründung ein eigenes Landesschiedsgericht zu gründen. In diesem Fall ist das Bundesschiedsgericht Berufungsinstanz gegenüber dem Landesschiedsgericht. Das Nähere regelt die Bundesschiedsgerichtsordnung.

§ 15 Grundsätze der Wahl

(1) Alle Wahlen zu Parteiorganen sowie die Aufstellung von Kandidaten sind geheim und erfolgen nach demokratischen Grundsätzen.

(2) Vor jedem Wahlgang bestimmt die Versammlung einen Wahlausschuss (Wahlleiter und zwei Beisitzer), die nicht selbst für das Amt kandidieren dürfen.

(3) Gewählt ist, wer die absolute Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Erreicht im ersten Wahlgang niemand diese Mehrheit, findet eine Stichwahl zwischen den beiden Personen mit den höchsten Stimmenanteilen statt. Hier entscheidet die einfache Mehrheit; bei Stimmgleichheit entscheidet das Los durch den Wahlleiter.

§ 15a Wahlvorschlagsberechtigung (§ 6 Abs. 2 Nr. 10 PartG)

(1) Zur Einreichung und Unterzeichnung von Wahlvorschlägen für Wahlen zu Volksvertretungen sind folgende Organe und Gebietsverbände berechtigt:

1. Für Wahlen zum Deutschen Bundestag: der Bundesvorstand sowie die Landesverbände für ihre jeweiligen Landeslisten; Wahlkreisvorschläge werden von der zuständigen Kreisversammlung oder dem Kreisvorstand aufgestellt und eingereicht.
2. Für Wahlen zu den Landtagen: die jeweiligen Landesverbände; sofern kein Landesverband besteht, nimmt der Bundesvorstand diese Aufgabe wahr.
3. Für Wahlen zu kommunalen Volksvertretungen: die jeweiligen Kreis- oder Ortsverbände; sofern keine solchen bestehen, der zuständige Landesverband.
4. Für Wahlen zum Europäischen Parlament: der Bundesvorstand.

(2) Die Aufstellung von Bewerberinnen und Bewerbern erfolgt in geheimer Abstimmung gemäß den jeweiligen Wahlgesetzen und den Regelungen dieser Satzung.

§ 16 Durchführung und digitale Wahl

(1) Die Stimmabgabe erfolgt durch verdeckte Stimmzettel oder bei digitalen/hybriden Versammlungen über ein zertifiziertes elektronisches Wahlsystem, das Anonymität und Manipulationssicherheit technisch gewährleistet.

(2) Stimmenthaltungen gelten als nicht abgegeben. Ein Stimmzettel ist gültig, wenn der Wille eindeutig erkennbar ist.

(3) Bei der Wahl mehrerer gleichartiger Ämter (z. B. Beisitzer) sind diejenigen gewählt, die die meisten Stimmen erhalten (relative Mehrheit), sofern sie mehr Ja- als Nein-Stimmen auf sich vereinen.

§ 17 Finanzen

Die PGM finanziert sich durch Mitgliedsbeiträge und Spenden. Das Nähere regelt die Finanzordnung. Die Partei ist zur öffentlichen Rechenschaftslegung über die Herkunft und Verwendung ihrer Mittel nach den Vorschriften des Parteiengesetzes verpflichtet. Der/die Bundesschatzmeister/in ist für die ordnungsgemäße Buchführung und die Erstellung des jährlichen Rechenschaftsberichts verantwortlich. Der Rechenschaftsbericht wird vom/von der Bundesvorsitzenden und dem/der stellvertretenden Vorsitzenden für Finanzen unterzeichnet.

§ 18 Auflösung der Partei und Verschmelzung (§ 6 Abs. 2 Nr. 11 PartG)

(1) Die Auflösung der PGM oder ihre Verschmelzung mit einer anderen Partei kann nur durch einen zu diesem Zweck einberufenen Bundesparteitag mit einer Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen beschlossen werden.

(2) Ein Beschluss nach Abs. 1 wird erst rechtswirksam, wenn er durch eine Urabstimmung aller Mitglieder bestätigt worden ist. Die Urabstimmung ist innerhalb von acht Wochen nach dem Beschluss des Bundesparteitags durchzuführen. Der Beschluss gilt als bestätigt, wenn die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen für die Auflösung oder Verschmelzung votiert. Das Nähere zum Urabstimmungsverfahren regelt der Bundesvorstand durch Beschluss.

(3) Im Falle der Auflösung fällt das Restvermögen der Partei an eine gemeinnützige Organisation (z. B. das Deutsche Rote Kreuz oder eine Stiftung für Kinderhilfe), die im Auflösungsbeschluss zu benennen ist.

§ 19 Datenschutz

- (1) Die PGM verarbeitet personenbezogene Daten ihrer Mitglieder, Kandidierenden und sonstigen Betroffenen nach Maßgabe der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO), des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) und sonstiger einschlägiger Datenschutzvorschriften.
- (2) Der Bundesvorstand benennt eine datenschutzverantwortliche Person, die die Einhaltung der datenschutzrechtlichen Vorgaben innerhalb der Partei sicherstellt.
- (3) Mitgliedsdaten werden ausschließlich für parteiinterne Zwecke verwendet und nicht ohne Einwilligung der betroffenen Person an Dritte weitergegeben, soweit keine gesetzliche Verpflichtung besteht.

§ 20 Übergangsregelungen für die Gründungsphase

- (1) In der Gründungsphase der PGM — bis zur Wahl eines ordentlichen Bundesparteitag — übernimmt der Gründungsvorstand die Aufgaben des Bundesvorstands.
- (2) Soweit in der Gründungsphase Landesverbände noch nicht bestehen, nimmt der Bundesverband sämtliche Aufgaben der Landesverbände einschließlich der Wahlvorschlagsberechtigung wahr.

Bundesschiedsgerichtsordnung (BSchO) der PGM

§ 1 Aufgaben und Zuständigkeit

Das Bundesschiedsgericht der PGM entscheidet über:

1. Streitigkeiten zwischen der Partei (oder ihren Untergliederungen) und einzelnen Mitgliedern,
2. Streitigkeiten über die Auslegung und Anwendung der Satzung und der nachgeordneten Ordnungen,
3. Anträge auf Ausschluss eines Mitglieds oder andere Ordnungsmaßnahmen gemäß § 10 PartG.

§ 2 Zusammensetzung und Unabhängigkeit (§ 14 Abs. 3 PartG)

- (1) Das Bundesschiedsgericht besteht aus drei Mitgliedern: einem/einer Vorsitzenden und zwei Beisitzern/innen. Sie werden vom Bundesparteitag für die Dauer von zwei Jahren gewählt. Zumindest der/die Vorsitzende des Bundesschiedsgerichts soll über die Befähigung zum Richteramt verfügen oder über fundierte juristische Fachkenntnisse ausgewiesen sein.
- (2) Die Mitglieder des Schiedsgerichts dürfen nicht Mitglied des Bundesvorstandes sein, in einem Dienstverhältnis zur Partei stehen oder von ihr regelmäßige Einkünfte beziehen.
- (3) Sie sind in ihrer Rechtsprechung unabhängig und an Weisungen nicht gebunden.
- (4) Ein Mitglied des Schiedsgerichts ist von der Ausübung seines Amtes ausgeschlossen, wenn die Besorgnis der Befangenheit besteht. Über den Ablehnungsantrag eines Beteiligten entscheidet das Schiedsgericht unter Ausschluss des abgelehnten Mitglieds.

§ 3 Einleitung des Verfahrens

- (1) Vor Anrufung des Schiedsgerichts soll in der Regel ein Mediationsverfahren durch die Ombudsperson angestrebt werden. Das Verfahren wird auf schriftlichen Antrag eines Beteiligten eingeleitet, sofern ein Ombudsverfahren erfolglos durchschritten worden ist oder

Kraft Natur der Sache keine Anwendung gefunden hat. Der Antrag muss den Sachverhalt schildern und ein konkretes Begehren enthalten.

(2) Der Antrag ist beim Vorsitzenden des Schiedsgerichts einzureichen. Dieser stellt den Antrag dem/der Antragsgegner/in zur Stellungnahme innerhalb einer angemessenen Frist (in der Regel zwei Wochen) zu.

§ 4 Das Verfahren (Rechtliches Gehör)

(1) Das Schiedsgericht hat den Beteiligten rechtliches Gehör zu gewähren. Dies kann schriftlich oder in einer mündlichen Verhandlung geschehen.

(2) Auf Antrag eines Beteiligten muss eine mündliche Verhandlung stattfinden. Die Verhandlung ist parteiöffentlich, sofern das Gericht zum Schutz der Beteiligten nicht die Vertraulichkeit beschließt.

(3) Die Beteiligten können sich durch einen Rechtsanwalt oder ein anderes Parteimitglied vertreten lassen.

(4) In dringenden Fällen kann das Schiedsgericht auf Antrag des Vorstandes einstweilige Anordnungen treffen (z. B. das Ruhen von Mitgliedsrechten bis zur endgültigen Entscheidung), wenn ein schwerer, irreparabler Schaden für die Partei abzuwenden ist.

(5) Das Verfahren kann nach Ermessen des Gerichts hybrid oder komplett digital durchgeführt werden. Die eingesetzten technischen Mittel müssen die eindeutige Identifikation der Beteiligten sowie die Vertraulichkeit der nicht-öffentlichen Beratung gewährleisten.

§ 5 Ordnungsmaßnahmen und Parteiausschluss (§ 10 PartG)

(1) Ein Parteiausschluss kann nur angeordnet werden, wenn das Mitglied vorsätzlich gegen die Satzung oder erheblich gegen die Grundsätze oder Ordnung der Partei (den Code of Conduct) verstößt und ihr damit schweren Schaden zufügt.

(2) Die Entscheidung über einen Ausschluss muss gegenüber der auszuschließenden Person und dem Bundesvorstand schriftlich begründet werden.

§ 6 Entscheidungen und Berufung (§ 10 Abs. 5 PartG)

(1) Das Schiedsgericht entscheidet mit einfacher Mehrheit.

(2) Die Entscheidungen sind schriftlich niederzulegen und den Beteiligten zuzustellen.

(3) Gegen Entscheidungen des Bundesschiedsgerichts ist die Berufung an eine Berufungskammer des Bundesschiedsgerichts zulässig. Die Berufungskammer besteht aus drei weiteren, vom Bundesparteitag für diesen Zweck gewählten Mitgliedern, die nicht an der erstinstanzlichen Entscheidung beteiligt waren. Ist eine Berufungskammer noch nicht gewählt, nimmt der Bundesparteitag die Berufungsentscheidung vor. Die Berufungsfrist beträgt vier Wochen ab Zustellung der erstinstanzlichen Entscheidung.

(4) Entscheidungen der Berufungskammer sind parteiintern endgültig. Der ordentliche Rechtsweg bleibt unberührt.

(5) Die Zustellung von Entscheidungen und Ladungen kann rechtswirksam in Textform (z. B. per E-Mail) an die beim Bundesvorstand hinterlegte Adresse erfolgen, sofern das Mitglied dieser Form der Kommunikation nicht ausdrücklich widersprochen hat.

§ 7 Kosten des Verfahrens

(1) Das Verfahren vor dem Schiedsgericht ist für Mitglieder grundsätzlich kostenfrei.

(2) Die Partei trägt die notwendigen Auslagen des Schiedsgerichts (z. B. Raummiete, Porto). Reisekosten der Beteiligten werden nicht erstattet, es sei denn, das Gericht stellt eine unbillige Härte fest.

Finanzordnung der PGM

§ 1 Geltungsbereich und Grundsätze

(1) Diese Finanzordnung gilt für die gesamte Partei Partei für Gerechtigkeit und Menschlichkeit (PGM).

(2) Die PGM verpflichtet sich zur absoluten Transparenz. Alle finanziellen Mittel werden ausschließlich für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet.

(3) Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 2 Mitgliedsbeiträge

(1) Jedes Mitglied ist zur Zahlung eines Mitgliedsbeitrags verpflichtet. Zur Sicherung der Eigenfinanzierung und zur Erfüllung der Voraussetzungen für die staatliche Teilfinanzierung (§ 18 PartG) wird ein Regelbeitrag von mindestens 3,00 € pro Monat empfohlen.

(2) Die Höhe des Beitrags wird vom Mitglied nach Selbsteinschätzung seiner wirtschaftlichen Situation festgelegt. Die PGM empfiehlt folgende soziale Staffel:

- Sozial-Satz: 3,00 € bis 10,00€ / Monat.
- Basis-Satz: 10,00 € / Monat.
- Standard-Satz: 10,01 € bis 50,00 € / Monat.
- Förder-Satz: ab 50,00 € / Monat.

(3) Zahlungsweise und Verwaltung: Beiträge sind Bringschulden. Um die Verwaltungskosten und Bankgebühren gering zu halten, gilt:

- Beiträge bis zu einer Höhe von 5,00 € monatlich werden grundsätzlich als Jahresbeitrag im Voraus eingezogen bzw. fällig.
- Höhere Beiträge können nach Wahl des Mitglieds monatlich, quartalsweise oder jährlich geleistet werden.

§ 3 Spenden und unzulässige Zuwendungen (§ 25 PartG)

(1) Die PGM nimmt Spenden nur von natürlichen Personen an. Spenden von juristischen Personen (GmbHs, AGs, Vereinen, Verbänden) sind unzulässig.

(2) Gemäß § 25 Abs. 2 PartG sind zudem folgende Spenden unzulässig und werden unverzüglich an den Präsidenten des Deutschen Bundestages weitergeleitet:

1. Spenden von politischen Stiftungen oder Parlamentsfraktionen.
2. Spenden aus dem Ausland, sofern sie 1.000 € übersteigen und nicht von deutschen Staatsbürgern oder EU-Bürgern stammen.
3. Spenden, die erkennbar gegen eine politische oder wirtschaftliche Gegenleistung gewährt werden.
4. Spenden von öffentlich-rechtlichen Körperschaften, von Berufsverbänden und anonyme Spenden über 500 €.

(3) Spenden natürlicher Personen, deren Gesamtwert im Kalenderjahr 10.000 € übersteigt, sind gemäß § 25 Abs. 3 PartG unter Angabe von Name, Anschrift und Gesamthöhe im Rechenschaftsbericht zu verzeichnen. Diese gesetzliche Transparenzpflicht gilt unabhängig von der Einwilligung des Spenders. Darüber hinaus kann die PGM Spenden, die 1.000 € im Jahr überschreiten, freiwillig auf ihrer Website veröffentlichen, sofern der Spender hierzu seine Einwilligung gemäß DSGVO erteilt hat.

§ 4 Mandatsträgerabgaben

(1) Mitglieder der PGM, die auf einem Wahlvorschlag der Partei ein Mandat in einer Volksvertretung errungen haben, leisten neben ihrem Mitgliedsbeitrag eine monatliche Mandatsträgerabgabe an die jeweilige Gliederung der Partei.

(2) Die Höhe der Mandatsträgerabgabe beträgt 20 % der steuerfreien Aufwandsentschädigungen bzw. der Diäten, die mit dem Mandat verbunden sind.

(3) Grundlage für die Berechnung ist der Nettobetrag der monatlichen Entschädigung (nach Abzug von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen, jedoch vor Abzug privater Ausgaben). Erstattungen für konkrete Sachkosten (z. B. Reisekosten, Büropauschalen) sind von der Abgabepflicht ausgenommen.

(4) Die Abgabe ist monatlich zum 15. des Folgemonats fällig. Mandatsträger sind verpflichtet, dem zuständigen Schatzmeister einmal jährlich (bis zum 31.03. für das Vorjahr) eine Aufstellung ihrer erhaltenen Bezüge vorzulegen.

(5) In begründeten Härtefällen kann der zuständige Vorstand auf Antrag befristete Ausnahmen oder Minderungen der Abgabepflicht beschließen.

§ 5 Finanzielle Verteilung

Solange keine Landesverbände bestehen, fließen alle Mittel der Bundeskasse zu. Mit Gründung von Untergliederungen werden die Mitgliedsbeiträge wie folgt verteilt:

- 40 % verbleiben beim jeweiligen Ortsverband (für Basisarbeit vor Ort).
- 30 % verbleiben beim jeweiligen Landesverband (für Wahlkampf, Schulungen und Werbung).
- 30 % fließen an den Bundesverband (für bundesweite Kampagnen und Verwaltung).

§ 6 Buchführung und Rechenschaft (§ 23, 24 PartG)

(1) Der Bundesschatzmeister ist für die ordnungsgemäße Buchführung verantwortlich. Er hat über die Herkunft und Verwendung der Mittel sowie über das Vermögen zum Ende des Kalenderjahres Rechenschaft abzulegen. Der Rechenschaftsbericht wird vom/von der Bundesvorsitzenden und dem/der Bundesschatzmeister/in unterzeichnet.

(2) Der Rechenschaftsbericht wird durch die vom Bundesparteitag gewählten Rechnungsprüfer geprüft.

(3) Der Rechenschaftsbericht der Gesamtpartei wird, sofern gesetzlich erforderlich, nach den Vorschriften des Parteiengesetzes durch einen externen Wirtschaftsprüfer geprüft.

(4) Die PGM hält alle Belege gemäß der gesetzlichen Aufbewahrungsfrist von 10 Jahren vor.

(5) Der Bundesschatzmeister ist Zugriff auf die Landesvorstandskonten zu gewähren und erhält die Berechtigung, bei einem Ausfall des Landesschatzmeisters Buchungen vorzunehmen.

§ 7 Ausgabenkontrolle

(1) Ausgaben bis zu einem Betrag von 100 € kann der Bundesvorsitzende oder Bundesschatzmeister in Eigenregie tätigen.

- (2) Ausgaben über 100 € bedürfen eines vorherigen Vorstandsbeschlusses.
- (3) Kredite dürfen nur mit Zustimmung des gesamten Bundesvorstandes aufgenommen werden.

§ 8 Rechnungsprüfung

Der Bundesparteitag wählt zwei Rechnungsprüfer für die Dauer von zwei Jahren. Diese dürfen nicht dem Vorstand angehören. Sie prüfen die Kasse mindestens einmal jährlich und berichten dem Parteitag über die Entlastung des Vorstands.

Code of Conduct (Verhaltenskodex) der PGM

Präambel

Die **PGM (Partei für Gerechtigkeit und Menschlichkeit)** steht für eine politische Kultur, in der der Mensch und das respektvolle Miteinander im Mittelpunkt stehen. Unser Ziel ist es, Politik bürgernah, transparent und fair zu gestalten. Dieser Anspruch gilt nicht nur für unsere politischen Forderungen, sondern fängt bei uns selbst an.

Dieser Code of Conduct (Verhaltenskodex) bildet die verbindliche Grundlage für das Verhalten aller Personen innerhalb der PGM. Er sorgt dafür, dass unsere Zusammenarbeit von Vertrauen, gegenseitiger Wertschätzung und Integrität geprägt ist und dass sich alle Mitglieder, Unterstützungskräfte und Gäste bei uns sicher und willkommen fühlen.

1. Geltungsbereich

Dieser Verhaltenskodex gilt für **alle Mitglieder, Funktionstragende, Mandatstragende, Angestellte, ehrenamtlichen Helfer und Gäste** der PGM.

Er ist verbindlich für:

- Sämtliche parteiinternen Veranstaltungen (Versammlungen, Parteitage, Stammtische, Arbeitsgruppen).
- Die digitale Kommunikation (E-Mails, interne Cloud-Systeme, MessengerGruppen).
- Das Auftreten im Namen der Partei nach außen (Social Media, Pressearbeit, öffentliche Veranstaltungen).

2. Grundprinzipien des Miteinanders

Wir begegnen uns auf Augenhöhe. Für die politische Arbeit in der PGM gelten folgende Grundsätze:

- **Respekt und Wertschätzung:** Wir hören einander zu, lassen andere ausreden und nehmen die Meinungen anderer ernst – auch wenn wir sie nicht teilen. Sachliche Kritik ist erwünscht; persönliche Angriffe oder Herabwürdigungen haben bei uns keinen Platz.
- **Inklusion und Chancengleichheit:** Wir gestalten unsere Strukturen so, dass sich jeder Mensch – unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Religion, sexueller Identität, Alter oder Behinderung – aktiv einbringen kann.

- **Transparenz und Ehrlichkeit:** Wir kommunizieren offen und nachvollziehbar. Entscheidungen werden auf der Basis von Fakten und demokratischen Prozessen getroffen.
- **Verantwortung und Vorbildfunktion:** Vorstandsmitglieder und Mandatstragende tragen eine besondere Verantwortung. Sie sind Vorbilder für das gelebte Miteinander der PGM.

3. Nulltoleranz-Politik gegen Diskriminierung und Gewalt

Die PGM ist ein geschützter Raum für alle Beteiligten. Wir dulden keinerlei Form von Diskriminierung, Belästigung oder Gewalt. **Verstöße führen zu unmittelbaren Konsequenzen.**

Wir tolerieren kein Verhalten, das die Würde eines Menschen verletzt, insbesondere:

- **Diskriminierung:** Jede Form von Rassismus, Sexismus, Ableismus (Diskriminierung von Menschen mit Behinderung), Antisemitismus, Islamfeindlichkeit oder Queerfeindlichkeit.
- **Sexuelle Belästigung:** Unerwünschte körperliche Berührungen, anzügliche Bemerkungen, unangemessene Blicke oder das Verbreiten von sexualisierten Inhalten.
- **Mobbing und Einschüchterung:** Systematisches Ausgrenzen, gezieltes Herabwürdigen, Bedrohungen oder das bewusste Verbreiten von Unwahrheiten (online wie offline).
- **Machtmissbrauch:** Das Ausnutzen von hierarchischen Positionen innerhalb der Partei, um Druck auf andere auszuüben oder persönliche Vorteile zu erlangen.

4. Beschwerdeverfahren

Wo Menschen zusammenarbeiten, entstehen Meinungsverschiedenheiten. Diese lösen wir konstruktiv. Sollte es zu einem Verstoß gegen diesen Verhaltenskodex kommen, gilt folgendes Verfahren:

A) Die Vertrauenspersonen (Ombudspersonen)

Die Gründungsversammlung (bzw. später der Parteitag) wählt mindestens zwei **Ombudspersonen** (möglichst paritätisch besetzt). Diese Personen sind unabhängige Ansprechpartner für alle Mitglieder und Gäste, die von einem Verstoß gegen diesen Kodex betroffen sind oder einen solchen beobachtet haben.

B) Das Beschwerdeverfahren

1. **Kontaktaufnahme:** Betroffene oder Zeugen wenden sich vertraulich an eine Ombudsperson. Auf Wunsch kann das Gespräch vollkommen anonymisiert behandelt werden.
2. **Erstberatung:** Die Ombudsperson hört zu, dokumentiert den Vorfall und berät die betroffene Person über die weiteren Schritte. Ohne Zustimmung der betroffenen Person werden keine Informationen weitergegeben.
3. **Mediation:** Bei kleineren Konflikten kann mit Einverständnis aller Beteiligten ein moderiertes Schlichtungsgespräch geführt werden.

5. Konsequenzen bei Verstößen

Wird ein Verstoß gegen diesen Verhaltenskodex festgestellt, ergreift der zuständige Vorstand (Bund oder Land) nach Anhörung der Beteiligten angemessene und verhältnismäßige Maßnahmen.

Mögliche Konsequenzen sind:

- **Die mündliche oder schriftliche Ermahnung** durch den Vorstand.
- **Der Ausschluss von bestimmten Veranstaltungen** oder die Sperrung für parteiinterne Kommunikationskanäle.
- **Der Entzug von Funktionen** innerhalb der Partei.
- **Die Einleitung eines Parteiordnungsverfahrens** vor dem Schiedsgericht mit dem Ziel des Parteiausschlusses (gemäß § 10 Parteiengesetz), wenn der Verstoß die Grundsätze oder die Ordnung der Partei schwerwiegend verletzt.

Stand: 16.05.2026

**Grundsatzprogramm der PGM (Beschlossene Fassung vom
16.05.2026)**



Inhaltsverzeichnis

1. Präambel für die PGM – Unser Versprechen für ein menschliches Deutschland	5
2. Unsere Grundlagen und Werte: Der Kompass der PGM	6
2.1 Unser Menschenbild: Der Mensch als Gestalter	6
2.2 Demokratie und Rechtsstaat: Wehrhaft und transparent	6
2.3 Das Dreigestirn: Freiheit, Gleichheit und Solidarität	6
2.4 Nachhaltigkeit und Generationenverantwortung	7
2.5 Das Gleichgewicht: Staat, Markt und Gesellschaft	7
2.6: Staat & Kirche: Glauben ist Privatsache	8
2.7 Unser Ziel: Politik mit Haltung	8
3. Gesellschaft und Staat: Ein starkes Gemeinwesen	9
3.1 Demokratie & Beteiligung: Bürgerstaat statt Behördenstaat	9
3.2 Innen-, Rechts- und Sicherheitspolitik: Freiheit braucht Schutz	9
3.3 Bildung, Forschung & Kultur: Talente entfesseln	Fehler! Textmarke nicht definiert.
3.4 Gesundheit, Pflege & Soziales: Würde ist unantastbar	10
3.5 Familie, Generationen & Gleichstellung: Verantwortung leben	11
3.6 Wohnraum & Lebensraum: Ein Zuhause für jede Biografie	11
3.7 Rente & Alter: Respekt vor der Lebensleistung	12
3.8 Psychische Gesundheit & Einsamkeit: Menschlichkeit für die Seele	13
3.9 Moderne Sucht- und Drogenpolitik: Gesundheit vor Kriminalisierung	13
3. 10 Unser Ziel: Ein Netz, das alle trägt	14
4. Wirtschaft, Arbeit und Finanzen: Der Motor der Menschlichkeit	14
4.1 Wirtschaftsordnung: Freiheit mit Leitplanken	14
4.2 Arbeit & Qualifizierung: Arbeit ist Würde	14
4.3 Steuer- und Finanzpolitik: Einfach, Fair, Generationengerecht	15
4.4 Mittelstand & Gründergeist: Das Rückgrat stärken	16
4.5 Finanzielle Handlungsfähigkeit: Unsere Investition in die Zukunft	16
4.6 Der Mensch als Konsument: Schutz im digitalen Markt	17
4.7 Unser Ziel: Ein Motor für fairen Wohlstand	17
5. Umwelt, Klima und Nachhaltigkeit: Unsere Zukunft sichern	18
5.1 Naturschutz: Daseinsvorsorge für Generationen	18
5.2 Klimapolitik: Die grüne industrielle Revolution	18
5.3 Das „Blaue Gold“: Wasser als unveräußerliches Grundrecht	18
5.4 Landwirtschaft: Ernährung mit Würde	18
5.5 Ernährung & Prävention: Gerechtigkeit auf dem Teller	19

5.6 Mobilität: Freiheit ohne Reue	19
5.7 Tierschutz: Mitgefühl über die Artgrenzen hinweg.....	19
5.8 Unser Ziel: Ein Schutzschild für die Welt von morgen	20
6. Bildung, Wissenschaft und Kultur: Das Fundament der Entfaltung	21
6.1 Frühkindliche Bildung: Der erste Schritt zur Gerechtigkeit	21
6.2 Bildung: Schule als staatliche Ehrensache	21
6.3 Forschung & Innovation: Fortschritt mit Gewissen	22
6.4: Das „PGM-Zukunftsjahr“	23
6.5 Kultur & Medien: Der Puls der Gesellschaft	23
6.6 Lebenslanges Lernen: Das Recht auf Neuanfang	24
6.7 Unser Ziel: Ein Fundament für jeden Traum.....	24
7. Mobilität, Infrastruktur und Raumordnung: Räume für Menschen	25
7.1 Verkehrspolitik: Mobilität als Freiheitsversprechen	25
7.2 Mobilität als Freiheitsrecht (Die Bürgerbahn).....	25
7.3 Energie- & Versorgung: Sicher, bezahlbar, nachhaltig.....	26
7.4 Unser Ziel: Ein Pulsgeber für Stadt und Land.....	26
8. Außen-, Europa- und Sicherheitspolitik: Verantwortung in der Welt.....	27
8.1 Außenpolitik: Wertegeleiteter Realismus	27
8.2 Die Europäische Union: Unsere Heimat	27
8.3 Internationale Gerechtigkeit: Verantwortung ohne Grenzen.....	27
8.4 Sicherheit & Migration: Schutz und Humanität.....	28
8.5 Entwicklungszusammenarbeit: Partnerschaft auf Augenhöhe	29
8.6 Katastrophenschutz & Resilienz: Sicherheit für den Ernstfall	29
8.7 Unser Ziel: Ein Anker der Stabilität.....	29
9. Zusammenhalt, Integration und Vielfalt: Die Wurzel unserer Gesellschaft	30
9.1 Migration & Integration: Realismus mit Herz	30
9.2 Gleichstellung & Diversität: Respekt als Fundament	30
9.3 Frauenrechte durch Schutz, Teilhabe und aktive Prävention garantieren	30
9.4 Sozialer Zusammenhalt: Die Schere schließen	31
9.5 Zivilgesellschaft & Ehrenamt: Das Herz der Demokratie	31
9.6 Inklusion: Barrierefreiheit als menschlicher Standard.....	32
9.7 Unser Ziel: Ein Land, das niemanden vergisst	32
10. Digitalisierung, Innovation und Zukunftstechnologien: Fortschritt mit Seele.....	33
10.1 Der digitale Staat: Zeit für das Wesentliche	33
10.2 Künstliche Intelligenz & KI-Ethik: Der Mensch als Pilot	33

10.3 Datenschutz & Cybersicherheit: Freiheit im Netz.....	33
10.4 Unser Ziel: Ein menschliches High-Tech-Land	34
11. Regionale Politik & Subsidiarität: Demokratie von unten.....	35
11.1 Subsidiarität: Vertrauen in die Nähe.....	35
11.2 Stadt und Land: Hand in Hand statt gegeneinander	35
11.3 Kommunale Infrastruktur: Politik zum Anfassen.....	35
11.4 Gerechtigkeit ohne Himmelsrichtung: Fokus Ostdeutschland.....	36
11.5 Unser Ziel: Ein Land der starken Gemeinden.....	36
12. Organisation & Umsetzung: Vorbild für die Demokratie.....	37
12.1 Struktur & Mitbestimmung: Die Partei als Mitmach-Projekt.....	37
12.2 Programmdynamik: Politik, die lernt	37
12.3 Das PGM-Integritätsversprechen: Politik ohne Schatten	37
12.4 Unser Ziel: Eine neue politische Kultur.....	38
13. Schlusswort / Ausblick: Die Zukunft beginnt mit uns	39
13.1 Unsere Vision: Ein Land, das wieder hoffen darf.....	39
13.2 Dein Platz in der PGM: Ein Aufruf zur Bewegung	39
13.3 Unser Kompass für die kommenden Jahre	39

1. Präambel für die PGM – Unser Versprechen für ein menschliches Deutschland

Politik darf kein Selbstzweck sein. Sie ist das Werkzeug, mit dem wir die Welt gestalten, in der wir leben wollen. Doch in einer Zeit, in der sich Krisen aneinanderreihen und die Bürokratie oft wichtiger scheint als das Schicksal des Menschen, spüren wir deutlicher denn je: Zwischen globalen Krisen, rasanter Digitalisierung und bürokratischen Hürden ist das Wichtigste verloren gegangen – der Mensch. In einer Zeit, in der das Vertrauen in die Politik schwindet, und bei der manche das Gefühl einer Ohnmacht verspüren, setzen wir ein klares Zeichen: Wir weigern uns, alles weiter still hinzunehmen!

Die **PGM – Partei für Gerechtigkeit und Menschlichkeit** – tritt an, um das Vertrauen zurückzugewinnen. Wir weigern uns zu akzeptieren, dass soziale Kälte und Ungerechtigkeit der Preis für Fortschritt sind. Unsere Vision ist ein Land, in dem Freiheit und Verantwortung Hand in Hand gehen.

Gerechtigkeit kennt keine Himmelsrichtung. Wir sehen die Menschen im Osten Deutschlands, deren Lebensleistung oft nicht die Anerkennung findet, die sie verdient. Gerechtigkeit bedeutet für uns, dass es keine „vergessenen Regionen“ geben darf – weder in den ländlichen Räumen noch in den Biografien derer, die den Wandel der letzten Jahrzehnte gestemmt haben. Wir kämpfen für gleichwertige Lebensverhältnisse, vom kleinsten Dorf bis zur Metropole, von der Ostsee bis zu den Alpen.

Menschlichkeit ist eine Frage des Lebenslaufs. Unser Anspruch gilt von klein bis groß, von jung bis alt. Wir wollen eine Gesellschaft, die Kindern Wurzeln und Flügel gibt, die arbeitenden Menschen den Rücken freihält und die unseren Seniorinnen und Senioren ein Altern in Würde und ohne Armut garantiert. Gerechtigkeit ist für uns kein statischer Zustand, sondern ein Versprechen, das in jeder Lebensphase neu eingelöst werden muss.

Wir wollen eine Demokratie, die zuhört, statt zu belehren. Eine Politik, bei der du dich nicht als Nummer in einer Akte fühlst, sondern als geschätzter Teil einer starken Gemeinschaft. In Deutschland, in Europa und als Vorbild in der Welt: Wir setzen auf die Kraft des Miteinanders.

Lass uns die Politik wieder menschlicher machen. Gemeinsam gestalten wir die Zukunft – für jeden Menschen, für alle Generationen, für unser ganzes Land.

2. Unsere Grundlagen und Werte: Der Kompass der PGM

2.1 Unser Menschenbild: Der Mensch als Gestalter

Die PGM stellt den Menschen nicht als Rädchen im Getriebe, sondern als Mittelpunkt politischen Handelns auf die Bühne.

- **Befähigen statt Bevormunden:** Wir glauben an die Kraft des Menschen. Jeder Mensch besitzt die Gabe, frei zu denken und Verantwortung für sein Leben zu übernehmen. Der Staat ist für uns kein Vormund, sondern ein „Ermöglicher“. Er schafft den Rahmen und die Chancen – den Weg gehen die Menschen selbst.
- **Würde durch Einzigartigkeit:** Menschlichkeit bedeutet für uns die Anerkennung der individuellen Biografie. Politik darf den Menschen nie als bloße Statistik behandeln, sondern muss seine Talente und Bedürfnisse sehen.

2.2 Demokratie und Rechtsstaat: Wehrhaft und transparent

Wir begreifen die demokratische Grundordnung nicht als ein fertiges Bauwerk der Geschichte, das es lediglich zu bewohnen und zu verwalten gilt. Für die PGM ist Demokratie kein Besitztum, auf dem man sich ausruhen kann, sondern eine dauerhafte Aufgabe, die mit jedem neuen Tag, jeder politischen Entscheidung und jeder Begegnung zwischen Staat und Bürger neu erfüllt werden muss.

- **Schutz der Freiheit:** Die PGM bekennt sich vollumfänglich zum Grundgesetz. Wir verteidigen unsere offene Gesellschaft gegen jede Form von Extremismus und Intoleranz – mit der Kraft der Aufklärung, exzellenter Bildung und echter Teilhabe. Eine faire, unabhängige Justiz ist dabei unser unumstößlicher Garant für Gerechtigkeit.
- **Brandmauer der Menschlichkeit:** Die PGM ist eine Partei des friedlichen Miteinanders. Wir distanzieren uns entschieden von jeglicher Form von Gewalt, Hassrede und Extremismus – egal aus welcher ideologischen Ecke. Wer die Würde des Menschen oder unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung angreift, findet bei uns keinen Platz. Wir verteidigen unsere offene Gesellschaft mit der Kraft der Aufklärung und der Achtung vor jedem Individuum.

2.3 Das Dreigestirn: Freiheit, Gleichheit und Solidarität

Diese drei Werte sind für uns untrennbar miteinander verwoben:

- **Freiheit** ist das Recht, „Ja“ oder „Nein“ zu sagen und den eigenen Lebensentwurf zu verfolgen – innerhalb fairer Regeln, die die Freiheit des anderen schützen.
- **Gleichheit** bedeutet für uns **Chancengerechtigkeit**. Niemand darf aufgrund seiner Herkunft, seines Geschlechts oder seines Glaubens ausgebremst werden. Wir führen verpflichtende **anonymisierte Bewerbungsverfahren** (Großunternehmen/Öffentlicher Dienst) und **neutrale Wohnungsvergabe-Plattformen** ein, damit Qualifikation und Bedarf über den Zugang entscheiden, nicht der Name oder das Foto.

- **Solidarität** ist die Wurzel unserer Gesellschaft. Sie ist das Versprechen: „Du bist nicht allein“. Wo das Schicksal zuschlägt oder Voraussetzungen ungleich sind, stehen wir füreinander ein – aus Überzeugung, nicht aus Zwang.

2.4 Nachhaltigkeit und Generationenverantwortung

Für die PGM ist Nachhaltigkeit kein Trend, sondern eine Frage der **Generationengerechtigkeit**.

- **Ökologisch:** Wir schützen unsere natürlichen Lebensgrundlagen, weil sie das Erbe nachfolgender Generationen sind.
- **Ökonomisch:** Wir wirtschaften mit Verstand, um kommenden Generationen keine Schuldenberge, sondern eine moderne Infrastruktur zu hinterlassen.
- **Sozial:** Wir bauen Systeme, die auch in ferner Zukunft noch funktionieren und den Zusammenhalt sichern. Verantwortung heißt: Das Morgen im Heute mitdenken.

2.5 Das Gleichgewicht: Staat, Markt und Gesellschaft

Wir glauben an eine harmonische Balance der Kräfte:

- **Der Markt** ist der Motor für Innovation und Wohlstand. Damit dieser Motor nicht auf Kosten der Allgemeinheit läuft, braucht er Freiheit durch klare Leitplanken:
 - **Wettbewerb durch Kostenwahrheit:** Wir ermöglichen echten Wettbewerb, indem wir ökologische und soziale Folgeschäden (wie CO₂-Ausstoß oder Ausbeutung) konsequent in die Preise einpreisen. So beenden wir den unfairen Preisvorteil der Zerstörung und machen verantwortungsvolles Handeln zum lukrativsten Geschäftsmodell – ein Prinzip, das in Schweden (CO₂-Steuer seit 1991) und der Schweiz (Lenkungsabgaben) bereits erfolgreich für stabiles Wachstum und sinkende Emissionen sorgt.
 - **Gerechtigkeit durch Bürger-Dividende:** Um soziale Schieflagen und Machtmissbrauch zu verhindern, fließen alle Einnahmen aus dieser Kostenwahrheit als automatisierte, gleiche Pro-Kopf-Prämie direkt an die Bürger zurück. Dies schützt die Kaufkraft der Mitte und belohnt sparsamen Konsum finanziell – nach dem bewährten Vorbild von Kanada (Climate Action Incentive) oder der staatlichen Rohstoff-Dividende in Alaska.
- **Der Staat** sichert die Grundrechte und greift dort ein, wo der Markt keine menschlichen Lösungen bietet – etwa in der Daseinsvorsorge und der sozialen Sicherheit. Konkret bedeutet dies den Vorrang des Gemeinwohls in existenziellen Bereichen wie Pflege, Wohnen und Infrastruktur.
- **Die Zivilgesellschaft** ist das Herz der PGM. Ehrenamt, Vereine und Nachbarschaften leisten das, was kein Staat und kein Markt jemals ersetzen kann: Sie stiften Sinn und echte menschliche Nähe.

2.6: Staat & Kirche: Glauben ist Privatsache

Gerechtigkeit bedeutet auch religiöse Neutralität des Staates bei gleichzeitiger Achtung des Glaubens.

- **Ablösung der Staatsleistungen:** Wir wollen die historischen Staatsleistungen an die Kirchen endlich (wie im Grundgesetz gefordert) fair ablösen.
- **Modernes Arbeitsrecht:** Menschlichkeit im Job darf nicht an der Konfession scheitern. Wir setzen uns für die Angleichung des kirchlichen Arbeitsrechts an das allgemeine Arbeitsrecht ein, damit im Krankenhaus oder im Kindergarten nur die Qualifikation zählt, nicht das Privatleben.

2.7 Unser Ziel: Politik mit Haltung

Wir wollen eine Gesellschaft, in der Freiheit kein Privileg Weniger ist, sondern eine gelebte Verantwortung aller. Wir streben nach einer Ordnung, in der die Würde des Menschen der unumstößliche Maßstab staatlichen Handelns ist – nicht die Effizienz der Bürokratie. Die PGM steht für ein neues Miteinander, das auf Vertrauen statt auf Kontrolle basiert und in dem Gerechtigkeit bedeutet, dass jeder Mensch die Kraft und die Chance erhält, sein Leben selbstbestimmt zu gestalten.

3. Gesellschaft und Staat: Ein starkes Gemeinwesen

3.1 Demokratie & Beteiligung: Bürgerstaat statt Behördenstaat

Demokratie erschöpft sich für die PGM nicht im Wahlakt. Sie ist eine Einladung zum Mitmachen.

- **Aktive Mitgestaltung:** Wir wollen Bürgerbeteiligung fest im Alltag verankern. Durch moderne **Beteiligungsplattformen** und analoge wie digitale Bürgerdialoge holen wir das Wissen der Vielen direkt in die Parlamente.
- **Direkte Demokratie stärken:** Wir fordern die Einführung von Volksentscheiden auf Bundesebene, um die repräsentative Demokratie wirksam zu ergänzen. Damit fördern wir die politische Eigenverantwortung und stellen sicher, dass der Wille der Bevölkerung auch zwischen den Wahlen unmittelbar Gehör findet.
- **Transparenz als Standard:** Der Staat muss für seine Bürgerinnen und Bürger gläsern sein, nicht umgekehrt. Wir fordern ein konsequentes Informationsfreiheitsgesetz und eine Politik, die ihre Entscheidungen verständlich erklärt.
- **Wehrhafte Demokratie:** Wir verteidigen unsere Institutionen gegen Extremismus und Desinformation. Politische Bildung ist für uns die beste Immunabwehr einer freien Gesellschaft.
- **Null Toleranz gegenüber Gewalt:** Wir lehnen jede Form von physischer oder psychischer Gewalt in der politischen Auseinandersetzung strikt ab. Angriffe auf Politikerinnen und Politiker sind – ungeachtet ihrer Parteizugehörigkeit – Angriffe auf das Fundament unserer Demokratie. Wir setzen uns für eine politische Kultur ein, in der allein das bessere Argument zählt, nicht die Einschüchterung.
- **Wahlrecht ab 16:** Die PGM fordert das Wahlrecht ab 16 Jahren auf allen Ebenen (Bund, Länder, Kommunen). Wer die Konsequenzen der Politik am längsten tragen muss, soll über sie mitentscheiden dürfen.

3.2 Innen-, Rechts- und Sicherheitspolitik: Freiheit braucht Schutz

Sicherheit ist kein Gegensatz zur Freiheit, sondern ihr Fundament. Wer sich nicht sicher fühlt, kann nicht frei leben.

- **Bürgernahe Sicherheit:** Wir setzen auf eine modern ausgestattete Polizei und Justiz, die Präsenz zeigt und Vertrauen genießt. Klare rechtsstaatliche Befugnisse gehen für uns Hand in Hand mit einer transparenten Kontrolle.
- **Das Vertrauen in die Polizei stärken:** Wir fordern die Einrichtung einer unabhängigen, externen Ermittlungs- und Transparenzstelle zur Untersuchung von Vorwürfen polizeilicher Gewalt. Eine objektive Aufklärung außerhalb bestehender Polizeistrukturen ist unerlässlich, um die Rechtsstaatlichkeit zu wahren und das Vertrauen zwischen Bürgern und Sicherheitsorganen nachhaltig zu festigen.

- **Prävention vor Repression:** Echte Sicherheit entsteht nicht allein durch Überwachung, sondern durch sozialen Zusammenhalt. Wir investieren in Prävention und Bildung, um Kriminalität dort zu bekämpfen, wo sie entsteht.
- **Digitale Selbstbestimmung:** In einer vernetzten Welt ist der Schutz privater Daten ein Bürgerrecht. Wir lehnen anlasslose Massenüberwachung ab und stärken das Recht auf digitale Privatsphäre.

Gerechtigkeit zeigt sich am deutlichsten dort, wo Menschen gescheitert sind.

- **Resozialisierung vor Strafe:** Unser Ziel ist nicht die bloße Verwahrung, sondern die Rückkehr in die Gesellschaft. Wir investieren in Bildungs- und Therapieangebote innerhalb des Strafvollzugs. Wer das Gefängnis verlässt, muss eine echte Chance auf einen Neuanfang haben, um Rückfälligkeit zu verhindern.
- **Modernisierung des Strafrechts:** Wir entrümpeln das Strafgesetzbuch. Bagatelldelicten (wie das Fahren ohne Fahrschein) dürfen nicht zu Gefängnisstrafen führen, die Biografien zerstören und den Staat Unsummen kosten. Mobilität ist kein Verbrechen!
- **Rechtzeitiges Recht – Unsere Justizoffensive:** Gerechtigkeit, die zu lange dauert, ist verweigertes Recht. Wir investieren massiv in die digitale Ausstattung und eine Personaloffensive an unseren Gerichten. Unser Ziel: Zivilprozesse sollen innerhalb von sechs Monaten erstinstanzlich abgeschlossen sein. Wir fördern den Einsatz von KI-Assistenzsystemen für Routineaufgaben, damit Richterinnen und Richter mehr Zeit für die menschliche Urteilsfindung haben.

3.3 Gesundheit, Pflege & Soziales: Würde ist unantastbar

Ein gerechtes Land zeigt sich daran, wie es mit seinen Schwächsten umgeht. Gesundheit ist ein unveräußerliches Gut. Wir entziehen die medizinische Versorgung der Logik des Marktes.

- **Gesundheit vor Profit:** Wir wollen eine medizinische Versorgung, bei der der Mensch im Mittelpunkt steht, nicht die Bilanz. Gute Pflege und Medizin müssen unabhängig vom Geldbeutel für jeden erreichbar sein.
- **Pflege mit Zeit und Respekt:** Pflegekräfte leisten die wertvollste Arbeit unserer Gesellschaft. Wir fordern faire Bezahlung, bessere Arbeitsbedingungen und vor allem: **Zeit für Menschlichkeit** am Bett.
- **Befähigung statt Bevormundung:** Wir machen den Sozialstaat zum Sprungbrett für Eigenverantwortung, indem wir Existenzangst durch verlässliche Sicherheit nehmen und gleichzeitig den Weg zurück in die Unabhängigkeit durch hohe Zuverdienst-Freibeträge sowie individuelles Talent-Coaching finanziell und persönlich lohnenswert machen – ein Modell, das durch die dänische „Flexicurity“ und die aktive Arbeitsmarktpolitik Schwedens beweist, dass soziale Absicherung und der Stolz auf eigene Leistung Hand in Hand gehen.
- **Gerechte Medizin:** Wir beenden die Ära der Einheitsmedizin: Wir fördern eine Forschung und Behandlung, die die biologischen Unterschiede zwischen den Menschen konsequent

berücksichtigt. Jedes Medikament und jede Therapie muss für jeden Körper sicher und wirksam sein – für echte medizinische Gerechtigkeit und die Würde des Menschen.

- **Bedarf vor Marge:** Wir lehnen die Kommerzialisierung des Gesundheitswesens ab. Krankenhäuser dürfen keine Renditeobjekte für private Investoren sein. Wir fordern einen Systemwechsel: Weg von Fallpauschalen, die zu „blutigen Entlassungen“ führen, hin zu einer bedarfsorientierten Finanzierung, die die Heilung des Menschen ins Zentrum stellt.
- **Würde in der Pflege:** Pflege ist Dienst am Menschen, keine Fließbandarbeit. Wir bekennen uns zu einer Personalausstattung, die Zeit für Zuwendung als medizinische Notwendigkeit anerkennt. Wer pflegt, darf nicht durch ökonomischen Druck zur Fließbandarbeit gezwungen werden.
- **Gerechte Versorgung in der Fläche:** Die Postleitzahl darf nicht über die Überlebenschance entscheiden. Wir bekennen uns zur staatlichen Garantie einer exzellenten medizinischen Infrastruktur auch im ländlichen Raum. Wir fördern moderne Versorgungszentren in öffentlicher Hand, die den Arztberuf entlasten und den Patientinnen und Patienten kurze Wege garantieren.

3.4 Familie, Generationen & Gleichstellung: Verantwortung leben

Familie ist überall dort, wo Menschen füreinander eintreten – unabhängig von Trauschein oder Herkunft.

- **Familie als Fundament:** Wir schaffen eine bedarfsorientierte Infrastruktur, die sich dem Leben anpassen muss – durch flexible, an Schichtzeiten orientierte Kita-Öffnungszeiten und quartiersnahe, selbstverwaltete Pflgeteams nach dem niederländischen „Buurtzorg“-Modell, ergänzt durch ein direktes, steuerfreies Betreuungsbudget für pflegende Angehörige;
- **Echte Gleichstellung:** Die Gleichberechtigung aller Geschlechter ist für uns nicht verhandelbar. Wir fördern eine Kultur des Respekts und der Vielfalt, in der jeder Mensch nach seiner Art und Weise glücklich werden kann.
- **Der Generationenpakt:** Wir überwinden die soziale Isolation durch die gezielte Förderung intergenerationeller Wohn- und Arbeitsmodelle, bei denen etwa Studierende durch Alltagshilfe für Seniorinnen und Senioren vergünstigten Wohnraum erhalten und erfahrene Fachkräfte jungen Gründern als Mentoren zur Seite stehen; so schaffen wir eine Gesellschaft, die Einsamkeit besiegt und den Wissenstransfer als Triebkraft für sozialen Fortschritt nutzt.
- **Das PGM-Startkapital:** Jede Staatsbürgerin und jeder Staatsbürger erhält zum 18. Geburtstag ein zweckgebundenes Grunderbe von **10.000 Euro**. Das Geld muss zweckgebunden für Bildung, Wohneigentum, als Kapital für ein Start-Up oder als Altersvorsorge-Depot verwendet werden

3.5 Wohnraum & Lebensraum: Ein Zuhause für jede Biografie

Wohnen ist für die PGM kein Renditeobjekt, sondern die Voraussetzung für ein würdevolles Leben. Wir finanzieren die Wohnraum-Offensive durch die **Abschaffung immobilienwirtschaftlicher**

Steuerschlupflöcher (z. B. Share Deals) und die Erhebung einer moderaten **Vermögenssteuer für extreme Immobilienportfolios** (ab 10 Mio. Euro).

- **Menschlichkeit am Mietmarkt (Das 30 %-Versprechen):** Niemand sollte mehr als 30 % seines Nettoeinkommens für die Kaltmiete ausgeben müssen. Wir erreichen dies nicht durch Verbote, sondern durch ein **Gerechtigkeits-Bündnis**: Private Vermieter, die sich freiwillig an faire Mietobergrenzen binden, erhalten steuerliche Entlastungen. Gleichzeitig stärken wir den gemeinnützigen und genossenschaftlichen Wohnungsbau, damit der Staat wieder zum Taktgeber für faire Preise wird.
- **Heimat in der Fläche (Druck aus den Städten nehmen):** Der Kampf gegen Wohnungsnot in den Metropolen wird auf dem Land gewonnen. Wir investieren massiv in die Attraktivität ländlicher Räume. Wenn die Glasfaserleitung steht, der Regionalexpress pünktlich fährt und der Dorfladen digital unterstützt wird, wird das Land zur echten Alternative für junge Familien und Gründer. Das entlastet die Städte und rettet unsere Dörfer vor dem Aussterben.
- **Die Stadt der kurzen Wege:** Städtebau muss menschlich sein. Wir fördern Konzepte, bei denen Arbeit, Bildung, Einkauf und Erholung gut erreichbar sind – zu Fuß oder mit dem Rad. Wir wollen keine „Schlafstädte“, sondern lebendige Quartiere mit Parks, Begegnungscafés und sicheren Spielplätzen. Durch lebendige Quartiere mit nahgelegener Grundversorgung und einen kostenfreien, hochfrequenten ÖPNV geben wir den Menschen ihre Lebenszeit zurück und machen Mobilität zum sozialen Grundrecht für alle.
- **Schutz vor Entwurzelung:** Ein Zuhause ist ein Anker. Wir erschweren spekulative Aufkäufe durch anonyme Investmentfonds („Geier-Fonds“) und garantieren einen Mieterschutz, der Eigenbedarfskündigungen strenger prüft, um Seniorinnen und Senioren und Familien vor Verdrängung zu bewahren.

3.6 Rente & Alter: Respekt vor der Lebensleistung

Ein Leben voller Arbeit muss in einer Rente münden, die Freiheit und Teilhabe ermöglicht.

- **Würde im Alter durch den Generationen-Fonds:** Wir sichern eine Grundrente deutlich über dem Existenzminimum, indem wir die gesetzliche Rente zu einer **Erwerbstätigenversicherung** ausweiten, in die alle – auch Beamte, Selbstständige und Politiker – einzahlen, und diese durch einen staatlich verwalteten, kapitalgedeckten **Bürgerfonds** ergänzen; so stabilisieren wir das Rentenniveau und das Eintrittsalter nach dem erfolgreichen Vorbild der Schweiz (Volksversicherung für alle) und Norwegens (Staatsfonds), um die Altersvorsorge von der demografischen Entwicklung der Arbeitseinkommen zu entkoppeln.
- **Generationen-Vertrag 2.0:** Wir modernisieren die Rentenfinanzierung, indem wir auch hohe Einkommen und Kapitalerträge fair einbeziehen, um die junge Generation bei den Beiträgen zu entlasten.
- **Alle in ein Boot:** Wir führen die **Bürgerversicherung** ein. Das bedeutet: In Zukunft zahlen alle – auch Beamte, Selbstständige und Politiker – in die gesetzliche Rentenversicherung ein. Das verbreitert das Fundament und sichert das Rentenniveau dauerhaft bei **mindestens 50 %**.

3.7 Psychische Gesundheit & Einsamkeit: Menschlichkeit für die Seele

In einer beschleunigten Welt ist seelische Gesundheit ein politisches Thema. Einsamkeit ist in aktuellen Zeiten eine der größten Gesundheitsgefahren. Eine Partei für Menschlichkeit darf das nicht ignorieren – Wir deklarieren soziale Nähe zur Infrastrukturaufgabe.

- **Offensive gegen Einsamkeit:** Wir fördern Quartierskonferenzen, Mehrgenerationenhäuser und soziale Projekte, die Menschen aus der Isolation holen.
- **Versorgung ohne Wartezeit:** Psychische Erste Hilfe und Therapieplätze müssen so schnell und einfach erreichbar sein wie ein Hausarztbesuch. Wir sorgen für einen massiven Ausbau und die Förderung von Therapieangeboten.
- **Soziale Infrastruktur:** Wir fördern „Orte der Begegnung“ – von staatlich unterstützten Nachbarschaftscafés bis hin zu Programmen, die Jung und Alt (z. B. Studierende und Seniorinnen und Senioren) in Wohngemeinschaften zusammenbringen. Menschlichkeit braucht physische Nähe.

3.8 Moderne Sucht- und Drogenpolitik: Gesundheit vor Kriminalisierung

Wir beenden den gescheiterten „War on Drugs“. Die PGM setzt auf eine Politik, die Fakten über Ideologie stellt und den Schutz des Individuums garantiert.

- **Hilfe statt Strafe (Der Paradigmenwechsel):** Wir verschieben die Zuständigkeit für Drogenpolitik vom Justizministerium zum Gesundheits- und Sozialministerium. Konsum und der Besitz von Eigenbedarfsmengen aller Substanzen werden entkriminalisiert. Wer Hilfe braucht, bekommt Therapie; wer konsumiert, bekommt Aufklärung – niemand bekommt Handschellen für eine Selbstgefährdung.
- **Kontrollierte Abgabe & Qualität:** Um den organisierten Kriminalitätsstrukturen den Boden zu entziehen, setzen wir auf staatlich kontrollierte Abgabewege für Cannabis (Fachgeschäfte/Social Clubs) mit strengem Jugendschutz. Wir prüfen Modellprojekte für die kontrollierte Abgabe anderer Substanzen an Schwerstabhängige, um Verunreinigungen (Streckmittel) und Beschaffungskriminalität zu verhindern.
- **Drug-Checking als Standard:** Wir führen flächendeckendes, anonymes Drug-Checking ein. Konsumenten müssen die Möglichkeit haben, ihre Substanzen auf lebensgefährliche Beimischungen prüfen zu lassen, ohne Angst vor Verfolgung. Das rettet Leben und liefert dem Staat wichtige Daten über aktuelle Gefahren auf dem Markt.
- **Prävention durch Augenhöhe:** Wir ersetzen die Abschreckungspädagogik durch ehrliche Aufklärung in Schulen und Jugendeinrichtungen. Wir fördern die Risikokompetenz: Jugendliche müssen lernen, wie Abhängigkeit entsteht und wie man „Nein“ sagt, ohne stigmatisiert zu werden.
- **Soforthilfe statt Warteschleife:** Wir garantieren den Therapiebeginn innerhalb von 48 Stunden, indem wir bürokratische Hürden durch eine sofortige Kostenübernahme („Behandlung auf Sicht“) ersetzen und den Fachkräftemangel durch multiprofessionelle

Teams aus zertifizierten **Genesungsbegleitern** (Peers mit eigener Suchterfahrung) sowie qualifizierten **Quereinsteigern** aus sozialen Berufen beheben; so etablieren wir – nach dem erfolgreichen Vorbild Portugals (Dissuasions-Modell) und der Niederlande (integrierte Suchthilfe) – ein System, das Hilfe genau dann leistet, wenn die Veränderungsbereitschaft am größten ist.

3.9 Unser Ziel: Ein Netz, das alle trägt

Wir wollen ein Deutschland, das niemanden allein lässt – weder in der Anonymität der Großstadt noch in den vergessenen Winkeln des ländlichen Raums. Unser Ziel ist ein Gemeinwesen, das ein sicheres Zuhause garantiert (Wohnen), den Lebensabend in Würde sichert (Rente) und die seelische Gesundheit zur Priorität macht. Wir bauen einen Staat, der schützt, ohne zu bevormunden, und der Vielfalt als Stärke begreift, damit jeder Mensch – von jung bis alt – seinen Platz in der Mitte unserer Gesellschaft findet.

4. Wirtschaft, Arbeit und Finanzen: Der Motor der Menschlichkeit

4.1 Wirtschaftsordnung: Freiheit mit Leitplanken

Wohlstand ist kein Zufallsprodukt, sondern das Ergebnis von Freiheit und Mut. Die PGM bekennt sich zur **Sozialen und Nachhaltigen Marktwirtschaft**.

- **Wettbewerb mit Werten:** Wir wollen Märkte, die durch Innovation glänzen, nicht durch Ausbeutung. Der Staat setzt klare, faire Regeln gegen Monopole und unfairen Wettbewerb, hält sich aber aus dem operativen Geschäft heraus.
- **Ökologische Marktwirtschaft:** Wir internalisieren Umweltkosten. Wer unsere Natur kaputt macht, muss den Schaden selbst bezahlen. Wer hingegen Ressourcen schont und nachhaltig wirtschaftet, soll einen Wettbewerbsvorteil haben. Ökonomie und Ökologie sind für uns keine Gegner, sondern Partner.

4.2 Arbeit & Qualifizierung: Arbeit ist Würde

In einer Welt, die sich durch KI und Automatisierung rasend schnell verändert, definieren wir Arbeit neu. Arbeit ist ein wichtiger Teil des Lebens, aber sie darf nicht das ganze Leben sein. Die PGM setzt sich für die schrittweise Einführung der **35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich** ein, beginnend in Branchen mit hohen KI-Gewinnen. Für den Mittelstand schaffen wir steuerliche Ausgleichsmaßnahmen, damit Zeit für Menschlichkeit nicht zum finanziellen Ruin führt. Wir begreifen Zeit als die wertvollste Währung einer menschlichen Gesellschaft. Wir lassen die Maschinen arbeiten, damit der Mensch Zeit für Menschlichkeit hat.

- **Vom Verwalten zum Befähigen:** Arbeit stiftet Sinn. Wir setzen auf **lebenslanges Lernen** durch ein „Bildungskonto“, das jeder Bürgerin und jedem Bürger ermöglicht, sich jederzeit neu zu erfinden. Wir führen ein Transformationsgeld ein, das den Übergang von durch KI ersetzten Berufen in soziale oder handwerkliche Tätigkeiten finanziell absichert.
- **Moderne Arbeitswelten:** Wir fördern Flexibilität. Ob Homeoffice, 4-Tage-Woche oder Sabbatical – die Arbeitswelt der PGM passt sich dem Leben der Menschen an, nicht umgekehrt. Faire Löhne und sichere Bedingungen sind dabei das unumstößliche Fundament.

- **Equal Pay & Transparenz:** Wir fordern das Ende der Lohnlücke. Unternehmen müssen ihre Gehaltsstrukturen offenlegen. Gleiche Arbeit verdient ohne Ausflüchte den gleichen Lohn.
- **Aufwertung der Care-Arbeit:** Wir erkennen Sorgearbeit (Kindererziehung, Pflege) als vollwertige gesellschaftliche Leistung an. Wir fordern eine bessere Rentenanrechnung und flexible Arbeitszeitmodelle, die es auch Vätern ermöglichen, Verantwortung zu übernehmen, ohne ihre Karriere zu opfern.
- **Schutz der Netto-Leistung:** Wir bekennen uns dazu, dass sich Arbeit und Qualifikation finanziell deutlich lohnen müssen. Die arbeitende Mitte darf nicht das Gefühl haben, der alleinige „Zahlmeister der Nation“ zu sein. Wir fordern ein Steuersystem, das Erwerbseinkommen entlastet und den Aufstieg durch eigene Kraft wieder ermöglicht.
- **Beteiligung am Fortschritt:** Wir fordern, dass Produktivitätsgewinne – sei es durch KI oder Automatisierung – nicht nur bei den Kapitaleignern landen. Wir streben Modelle an, die den Menschen durch Zeitsouveränität (35-Stunden-Woche) und faire Löhne am Erfolg der modernen Arbeitswelt beteiligen.
- **Das PGM-Transformationsgeld:** In der KI-gesteuerten Arbeitswelt von 2026 lassen wir niemanden zurück. Wer seinen Beruf durch technologischen Wandel verliert, erhält ein zweijähriges Transformationsgeld auf dem Niveau des letzten Nettogehalts. Bedingung ist die Nutzung dieser Zeit für eine zertifizierte Umschulung in soziale, handwerkliche oder ökologische Zukunftsfelder. Finanziert wird dies durch eine KI-Produktivitätsabgabe der profitierenden Großkonzerne.

4.3 Steuer- und Finanzpolitik: Einfach, Fair, Generationengerecht

Das aktuelle Steuersystem ist für viele ein Buch mit sieben Siegeln. Wir wollen Transparenz und Fairness.

- **Das „Bierdeckel-Prinzip“ 2.0:** Wir fordern ein radikal vereinfachtes, digitales Steuersystem. Leistung muss sich lohnen, während starke Schultern mehr tragen als schwache. Steuergerechtigkeit bedeutet für uns auch: Schlupflöcher für Großkonzerne schließen.
- **Investition in die Enkel:** Solide Finanzen sind eine Form von Respekt gegenüber kommenden Generationen. Wir investieren massiv in Infrastruktur und Bildung, achten aber darauf, keine Schuldenberge zu hinterlassen, die die Freiheit unserer Kinder ersticken.
- **Finanzielle Bildung als Schulpflicht:** Wir machen "Alltagskunde" zum Schulfach. Jeder Jugendliche muss lernen, wie man eine Steuererklärung macht, wie Versicherungen funktionieren und wie man Zinsfallen erkennt. Wissen ist der beste Schutz vor Armut.
- **Deckelung der Dispo-Zinsen:** Wir setzen eine gesetzliche Obergrenze für Dispo-Zinsen fest. Es ist unvorstellbar, dass Banken an der Notlage von Geringverdienern zweistellige Zinsen verdienen.
- **Schutz vor "Geier-Fonds":** Wir erschweren spekulative Aufkäufe von maroden Unternehmen oder Immobilienbeständen durch anonyme Investmentfonds, die nur auf Zerschlagung und maximale Rendite aus sind.

- **Die Investitionsbrücke:** Wir bekennen uns zur fiskalischen Verantwortung, definieren die Schuldenbremse jedoch neu. Schulden für reinen Konsum lehnen wir ab. Wir fordern jedoch eine „Investitionsbrücke“ für zukunftsfeste Projekte (Bildung, Schiene, Digitales). Wenn eine Investition unseren Kindern einen höheren Wert hinterlässt, als sie an Zinsen kostet, ist dies kein Schuldenmachen, sondern gelebte Generationengerechtigkeit.

4.4 Mittelstand & Gründergeist: Das Rückgrat stärken

Der Mittelstand und Start-ups sind die Innovationsmotoren unseres Landes.

- **Entfesselungspaket:** Wir wollen Gründungen innerhalb von 24 Stunden ermöglichen – rein digital und unbürokratisch.
- **Risiko wertschätzen:** Wer den Mut hat, ein Unternehmen zu gründen und Verantwortung für Mitarbeiter zu übernehmen, verdient die volle Unterstützung des Staates durch verlässliche Planung und faire steuerliche Anreize.

4.5 Finanzielle Handlungsfähigkeit: Unsere Investition in die Zukunft

Damit die Visionen der PGM keine Luftschlösser bleiben, schaffen wir ein solides finanzielles Fundament. Wir wollen nicht die arbeitende Mitte belasten, sondern den Staat effizienter machen und ungenutzte Potenziale heben. Alle PGM-Großprojekte stehen unter dem Vorbehalt der **Gegenfinanzierung**. Wir geben nur aus, was wir durch Bürokratieabbau, Digitalisierung und die Beteiligung extremer Vermögen einnehmen.

- **Die Effizienzrendite (Entbürokratisierung & Digitalisierung):** Deutschlands Verwaltung kostet zu viel Zeit und Geld. Durch eine konsequente **End-to-End-Digitalisierung** aller Behördengänge und den Abbau veralteter Vorschriften sparen wir jährlich Milliardenbeträge ein. Dieses Geld versickert derzeit in Papierbergen – wir wollen es in Köpfe und Herzen investieren.
- **Strategischer Subventionsabbau:** Wir streichen Subventionen, die den Fortschritt bremsen oder die Umwelt belasten. Staatliches Geld darf nicht dazu dienen, Branchen der Vergangenheit künstlich am Leben zu erhalten. Wir lenken diese Mittel um in die Erforschung grüner Technologien und die Förderung von Start-ups.
- **Verantwortung der Superreichen (Die PGM-Vermögenssteuer):** Gerechtigkeit bedeutet, dass extremer Reichtum eine besondere Verantwortung für das Gemeinwesen trägt. Wir führen eine wohlüberlegte **Vermögenssteuer für Superreiche** ein.
 - *Das Besondere:* Wir setzen sehr hohe Freibeträge an, damit das Eigenheim, der normale Mittelstand und Familienbetriebe geschützt bleiben. Betriebsnotwendiges Vermögen im Mittelstand bleibt von der Vermögenssteuer unberührt, um Arbeitsplätze und Investitionskraft zu schützen. Erst ab 10.000.000€ wird das weitere Vermögen mit 1% besteuert. Wer also 11.000.000€ besitzt, zahlt 10.000€ Vermögenssteuer.
 - *Das Ziel:* Wir adressieren das oberste Prozent der Vermögensverteilung. Dieser Beitrag ist zweckgebunden: Er fließt direkt in die Modernisierung unserer Schulen und das Pflegesystem.

- **Kampf gegen Steuerflucht:** Es ist zutiefst ungerecht, wenn globale Konzerne sich ihrer Verantwortung entziehen. Die PGM setzt sich für eine lückenlose Schließung von Steuerschlupflöchern ein. Jeder Euro, der hier fair gezahlt wird, entlastet die ehrlichen Steuerzahler im Mittelstand.

Die Erbschaftssteuer (Gerechtigkeit bei den Startchancen)

In Deutschland wird so viel vererbt wie nie zuvor, was die Schere zwischen Arm und Reich ohne eigenes Zutun öffnet.

- **Wir fordern eine Reform der Erbschaftssteuer.** Sehr große Erben (im zweistelligen Millionenbereich) müssen einen fairen Beitrag leisten, um den „Startkapital-Fonds“ für alle jungen Menschen (besonders im Osten) zu finanzieren.
- **Schutz des Erbes:** Das selbstgenutzte Familienheim und kleine bis mittlere Familienbetriebe bleiben geschützt. Wir besteuern nicht das Erbe an sich, sondern die extreme Konzentration von arbeitslosem Reichtum.

4.6 Der Mensch als Konsument: Schutz im digitalen Markt

In einer Welt von Algorithmen und Großkonzernen ist die PGM der Schutzschild des Menschen.

- **Transparenz-Garantie:** Ob versteckte Kosten, KI-generierte Inhalte oder undurchsichtige Datenverarbeitung – wir fordern volle Transparenz.
- **Recht auf Reparatur:** Wir beenden die Wegwerf-Kultur. Produkte müssen langlebig und reparierbar sein. Das schont den Geldbeutel und die Umwelt.
- **Software-Haltbarkeit:** Wir fordern, dass Hersteller verpflichtet werden, Software-Updates für Geräte (Handys, Haushaltsgeräte) mindestens 10 Jahre lang bereitzustellen oder den Quellcode freizugeben, wenn sie den Support einstellen. Elektroschrott ist eine Sünde an der Umwelt und am Geldbeutel.

4.7 Unser Ziel: Ein Motor für fairen Wohlstand

Wir wollen eine Wirtschaft, die dem Menschen dient, statt ihn zu beherrschen. Unser Ziel ist ein moderner Wohlstand, der auf ökologischer Vernunft, unternehmerischer Freiheit und sozialer Fairness basiert. Wir schaffen ein Finanzsystem, in dem starke Schultern mehr tragen (Vermögenssteuer), und einen Markt, auf dem der Mensch vor Willkür geschützt ist (Verbraucherschutz). Die PGM steht für eine Arbeitswelt, die Sinn stiftet und Leistung anerkennt, finanziert durch einen Staat, der investiert statt nur zu verwalten.

5. Umwelt, Klima und Nachhaltigkeit: Unsere Zukunft sichern

5.1 Naturschutz: Daseinsvorsorge für Generationen

Naturschutz ist für die PGM kein Bonus, sondern die biologische Grundlage unserer Freiheit.

- **Ökosysteme als Kapital:** Wir schützen Artenvielfalt, gesunde Böden und sauberes Wasser nicht gegen die Menschen, sondern für sie. Intakte Natur ist die beste Versicherung gegen Klimafolgen.
- **Anreize statt Verbote:** Wir setzen auf Bildung und Kooperation. Wer die Natur schützt, soll dafür belohnt werden – sei es im privaten Garten oder in der industriellen Nutzung.

5.2 Klimapolitik: Die grüne industrielle Revolution

Klimaschutz ist die größte technologische Chance unserer Zeit. Wir wollen, dass Deutschland zum Exportweltmeister für Klimaschutzlösungen wird.

- **Innovation durch Kostenwahrheit:** Wir machen saubere Technologie zum lukrativsten Geschäftsmodell, indem ein steigender CO₂-Preis fossile Altlasten systematisch verteuert und so einen garantierten Absatzmarkt für grüne Lösungen schafft – dies sichert unseren Unternehmen den globalen Technologie-Vorsprung (First-Mover-Advantage), wie das Beispiel Schweden zeigt, das seit 1991 durch CO₂-Bepreisung zum Weltmarktführer für CO₂-freie Heiztechnik wurde, oder die Schweiz, wo Betriebe durch Effizienz-Innovationen direkt von Abgaben befreit werden und so ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit massiv steigern.
- **Dezentrale Energiewende:** Wir wollen, dass Bürgerinnen und Bürger und Kommunen an der Energiewende verdienen. Durch Bürokratieabbau fördern wir Solaranlagen auf jedem Dach und Wind- und Wasserkraft in Bürgerhand.

5.3 Das „Blaue Gold“: Wasser als unveräußerliches Grundrecht

Im Jahr 2026 merken wir: Sauberes Wasser wird zur Überlebensfrage.

- **Verbot der Privatisierung:** Die PGM fordert eine Verfassungsänderung: Wasserquellen und die Trinkwasserversorgung dürfen niemals privatisiert werden. Sie gehören der Allgemeinheit.
- **Priorität für Menschen:** In Dürreperioden hat das Trinkwasser für Bürgerinnen und Bürger und die Landwirtschaft Vorrang vor der industriellen Nutzung (z. B. für Rechenzentren oder Großfabriken).
- **Trinkbrunnen-Offensive:** Wir garantieren kostenloses Trinkwasser in allen Innenstädten und öffentlichen Gebäuden. Wasser ist Leben – und Leben darf nichts kosten.

5.4 Landwirtschaft: Ernährung mit Würde

Unsere Landwirte und Landwirtinnen sind die Hüter der Kulturlandschaft. Wir beenden den Krieg zwischen Politik und Pflug.

- **Regionale Ernährungssouveränität:** Wir machen hochwertige Lebensmittel für alle bezahlbar, indem wir durch direkte regionale Vermarktung teure globale Logistikketten und Konzern-Margen eliminieren und Landwirte gezielt für den Schutz unserer Lebensgrundlagen

(wie sauberes Trinkwasser und fruchtbare Böden) bezahlen; so machen wir – nach dem Vorbild von Frankreich (Gesetz EGalim) zur Förderung regionaler Produkte und den Wertschöpfungsketten in Österreich (Vorarlberg) – gesundes Essen zur preiswertesten Wahl für den Kunden, der zudem durch den Wegfall versteckter Umweltreparaturkosten und unsere Klimaprämie finanziell entlastet wird.

- **Tierwohl und Transparenz:** Wir fördern Haltungsformen, die der Würde der Tiere entsprechen, und machen Lieferketten für Verbraucher durch digitale Lösungen gläsern.

5.5 Ernährung & Prävention: Gerechtigkeit auf dem Teller

Gesundheit darf keine Frage des Einkommens sein.

- **Gesunde Schulverpflegung:** Wir fordern ein kostenloses, gesundes und regionales Mittagessen für jedes Kind in Kitas und Schulen. Gerechtigkeit beginnt bei der Ernährung.
- **Zuckersteuer für Großkonzerne:** Wir besteuern extrem überzuckerte Softdrinks und industriell verarbeitete Lebensmittel. Die Einnahmen fließen direkt in die Senkung der Mehrwertsteuer auf Obst, Gemüse und Grundnahrungsmittel.
- **Das "Regionale Regal":** Supermärkte werden verpflichtet, einen festen Prozentsatz ihrer Fläche für Produkte von Landwirten und Landwirtinnen aus der unmittelbaren Region (Umkreis 100 km) zu reservieren. Das stärkt den Bauernstand und schont das Klima.
- **Transparenz-App:** Wir führen eine staatliche App ein, die per Scan sofort anzeigt: Wie tierfreundlich, wie ökologisch und wie fair (Lohnbedingungen) ist dieses Produkt wirklich?

5.6 Mobilität: Klimafreundliche Wege

Klimafreundliche Mobilität als Ziel: Wir wollen, dass jeder Mensch sauber ans Ziel kommt. Der ökologische Fußabdruck des Verkehrs muss konsequent gesenkt werden – durch einen Vorrang für emissionsarme Verkehrsmittel und die Internalisierung von Klimafolgekosten im motorisierten Individualverkehr.

5.7 Tierschutz: Mitgefühl über die Artgrenzen hinweg

Menschlichkeit beweist sich darin, wie wir mit Wesen umgehen, die keine eigene Stimme haben. Für die PGM ist Tierschutz eine ethische Verpflichtung.

- **Ende der industriellen Massentierhaltung:** Wir fördern den Umbau der Landwirtschaft hin zu ökologischen Haltungsformen. Tiere sind keine Ware, sondern fühlende Mitgeschöpfe. Wir setzen uns für ein Ende von Kastenständen, Anbindehaltung und Kükenmorden ein.
- **Verbot von Qualzuchten:** Wir verbieten die Züchtung von Tieren, die unter ihren körperlichen Merkmalen leiden (z. B. Atemnot bei bestimmten Hunderassen). Ästhetik darf niemals über Gesundheit gehen.
- **Stopp der Langstrecken-Tiertransporte:** Wir fordern ein striktes Verbot von Tiertransporten in Nicht-EU-Länder und eine drastische zeitliche Begrenzung innerhalb der EU. Schlachtung muss regional und stressfrei erfolgen.

- **Stärkung der Tierheime:** Wir unterstützen kommunale Tierheime finanziell und fördern Programme, die Seniorinnen und Senioren und Tiere zusammenbringen. Tierheime sind soziale Ankerpunkte, keine Entsorgungsstationen.

5.8 Recycling & Kreislaufwirtschaft: Ressourcen schonen, Zukunft sichern

Eine echte Nachhaltigkeitspolitik endet nicht beim Energiemix – sie beginnt beim Umgang mit unseren Ressourcen. Die PGM bekennt sich zu einer konsequenten Kreislaufwirtschaft, die Abfall als das begreift, was er ist: ein Rohstoff.

- **Recyclingpflicht und -infrastruktur:** Wir schaffen bundesweit einheitliche, niedrighschwellige Recyclingsysteme. Jede Gemeinde erhält die Infrastruktur und Mittel, um Wertstoffe systematisch zu erfassen und aufzubereiten. Das Ziel ist eine Recyclingquote von mindestens 70 % für Haushaltsabfälle bis 2035.
- **Herstellerverantwortung stärken (Extended Producer Responsibility):** Unternehmen, die Produkte in Verkehr bringen, tragen finanzielle Verantwortung für deren Entsorgung und Wiederverwertung. Verpackungen müssen recyclingfähig, langlebig oder vollständig kompostierbar sein.
- **Reparatur vor Entsorgung:** In Verbindung mit dem Recht auf Reparatur (vgl. 4.6) fördern wir kommunale Reparaturcafés und schaffen steuerliche Anreize für Reparaturdienstleistungen. Wer repariert statt wegwirft, wird belohnt, nicht bestraft.
- **Bildung für Kreislaufdenken:** Recycling und Ressourcenbewusstsein werden fester Bestandteil der Schulbildung. Kinder lernen früh, Materialien zu unterscheiden, Wertstoffe zu trennen und Konsum kritisch zu reflektieren.
- **Öffentliche Hand als Vorbild:** Alle staatlichen Behörden, Schulen und öffentlichen Einrichtungen verpflichten sich zu einem Null-Abfall-Ziel bei Büromaterial und Veranstaltungen. Öffentliche Beschaffung bevorzugt Produkte mit nachgewiesenem Recyclinganteil.
- **Digitales Abfall-Tracking:** Wir fördern transparente, digitale Systeme zur Nachverfolgung von Wertstoffströmen – damit Bürgerinnen und Bürger sehen können, wohin ihr Recyclingmüll wirklich geht, und um Scheinrecycling zu unterbinden.

5.9 Unser Ziel: Ein Schutzschild für die Welt von morgen

Wir wollen die natürlichen Lebensgrundlagen als unser kostbarstes Erbe bewahren. Unser Ziel ist ein klimaneutrales Deutschland, das durch Innovation und soziale Gerechtigkeit zum Vorbild für die Welt wird. Wir schützen die Umwelt nicht gegen den Fortschritt, sondern als dessen Voraussetzung. Dabei endet unsere Menschlichkeit nicht an der Artgrenze: Wir streben nach einem verantwortungsvollen Umgang mit allen Lebewesen (Tierschutz), um eine Welt zu hinterlassen, in der auch kommende Generationen frei und sicher atmen können.

6. Bildung, Wissenschaft und Kultur: Das Fundament der Entfaltung

6.1 Frühkindliche Bildung: Der erste Schritt zur Gerechtigkeit

Chancengerechtigkeit entscheidet sich nicht beim Abitur, sondern im Sandkasten.

- **Bildungsorte statt Parkplätze:** Kitas sind für die PGM Bildungseinrichtungen der ersten Stunde. Wir fordern bundesweit **kostenfreie, qualitativ hochwertige Plätze**, die soziale Kompetenz und Neugier fördern.
- **Wertschätzung für Erzieherinnen und Erzieher:** Menschlichkeit beginnt bei denen, die unsere Kinder begleiten. Wir verbessern Arbeitsbedingungen und Bezahlung in der frühkindlichen Bildung massiv, um dem Fachkräftemangel mit Respekt zu begegnen.

6.2 Bildung: Schule als staatliche Ehrensache

Bildung ist kein Kostenfaktor, sondern die wichtigste Investition in die Menschlichkeit der Zukunft. Wir beenden das System der frühen Selektion. Jedes Kind verdient die Zeit, sein eigenes Tempo zu finden.

- **Der Raum als Ausdruck von Wertschätzung:** Die PGM bekennt sich zum Grundsatz, dass Bildungsräume die Bedeutung widerspiegeln müssen, die wir der nächsten Generation beimessen. Marode Schulen sind ein Signal staatlichen Desinteresses. Wir fordern eine **nationale Kraftanstrengung**, um Schulen zu Orten zu machen, die ästhetisch inspirieren, technisch modern sind und ökologische Vorbilder darstellen.
- **Ganzheitliche Potenzialentfaltung:** Wir fordern eine ganzheitliche Potenzialentfaltung, die den Fokus von der rein ökonomischen Verwertbarkeit löst und Bildung konsequent als Förderung von **Herz, Hand und Verstand** begreift. Anstatt Kinder durch starre Selektion frühzeitig auszusortieren oder durch voreilige Spezialisierung in riskante Nischen zu drängen, setzen wir auf ein Bildungssystem, das individuelle Talente stärkt, ohne die Breite der Allgemeinbildung zu opfern. Unser Ziel ist eine flexible Förderung, die Stärken weckt, aber gleichzeitig ein krisenfestes Fundament an Wissen und Fähigkeiten garantiert, damit individuelle Entfaltung niemals zur späteren Chancenlosigkeit führt, sondern echte, lebenslange Wahlfreiheit ermöglicht.
- **Erhalt und Stärkung der Förderschulen:** Ein echtes Miteinander bedeutet für uns, die Einzigartigkeit jedes Menschen nicht nur anzuerkennen, sondern sie bestmöglich zu fördern. Inklusion darf daher kein starres Dogma sein, das alle Kinder in dieselbe Schablone presst, sondern muss sich stets an den individuellen Bedürfnissen des Kindes orientieren. Wir setzen uns daher ausdrücklich für den Erhalt und die Stärkung von Förderschulen ein. Sie sind für uns kein Widerspruch zur Inklusion, sondern ein unverzichtbarer Schutz- und Entwicklungsraum für Kinder, die eine spezialisierte und bedarfsgerechte Förderung benötigen. Das Ziel der PGM ist ein Bildungssystem der Vielfalt, das Eltern echte Wahlfreiheit bietet und jedem Kind die Lernumgebung garantiert, in der es sich optimal entfalten kann.
- **Digitale Lernmittelfreiheit:** In der Informationsgesellschaft ist der Zugang zu digitaler Bildung eine Voraussetzung für soziale Teilhabe. Wir bekennen uns zur staatlich garantierten Versorgung mit modernen Lernmitteln für jedes Kind – unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Gleichzeitig setzen wir auf das analoge Schreiben mit Stift und Papier, da dieses für die kognitive Entwicklung wichtig ist.

- **Die Potenzial-Schule:** Wir wollen Schulen, die stärkenorientiert arbeiten. Digitale Ausstattung ist für uns kein Selbstzweck, sondern ein Werkzeug für individuelles Lernen. Pädagogische Freiheit bedeutet: Weniger Lehrplan-Druck, mehr Raum für kritisches Denken und Kreativität.
- **Gleichwertigkeit von Meister und Master:** Die PGM bricht mit dem akademischen Dünkel. Die berufliche Ausbildung ist das Rückgrat unserer Innovationskraft. Wir fördern die Gleichstellung von praktischen und theoretischen Bildungswegen – finanziell und gesellschaftlich.
- **Freie Wissenschaft:** Hochschulen sind die Labore unserer Zukunft. Wir schützen die Freiheit von Forschung und Lehre vor politischer Einflussnahme und sichern eine verlässliche Grundfinanzierung.
- **Förderung dualer Studiengänge:** Wir setzen uns für die Förderung dualer Studiengänge in allen Bereichen ein. Somit gewährleisten wir eine frühe Praxisanleitung sowie junge, motivierte Arbeitskräfte auch in sozialen Bereichen.
- **Empathie & Konfliktlösung:** Wir fordern die konsequente Transformation unserer Schulen hin zu einem System, das psychische Gesundheit, Resilienz und soziale Intelligenz als integrales Betriebssystem des Lernens begreift, statt sie in isolierte Zusatzfächer auszulagern. Durch die feste Verankerung von mentaler Selbstfürsorge, gewaltfreier Kommunikation und emotionaler Kompetenz im Schulalltag schaffen wir die Basis für eine Generation, die den Herausforderungen der Zukunft nicht nur mit fachlichem Wissen, sondern mit innerer Stabilität und einem starken Verständnis für das menschliche Miteinander begegnet.
- **Duales Lehramtsstudium & Mentoring:** Wir beenden den Praxisschock durch ein duales Lehramtsstudium (Theorie und vergütete Praxis ab dem ersten Semester) und ersetzen das Referendariat durch ein einjähriges, begleitetes Mentoring-Modell nach finnischem Vorbild.

6.3 Forschung & Innovation: Fortschritt mit Gewissen

Wissenschaft ist der Motor, der die Menschheit voranbringt.

- **Ethik als Kompass:** Wir fordern eine Innovationspolitik, die Spitzenforschung in Medizin, Technik und Ökologie konsequent an drei unumstößliche Bedingungen knüpft: die technologische Souveränität durch radikale Transparenz (Open Source), das zwingende 'Human-in-the-loop'-Prinzip bei allen kritischen KI-Entscheidungen sowie eine strikte Ausrichtung an der langfristigen ökologischen Gemeinwohlorientierung. Fortschritt ist für uns kein Selbstzweck; er muss sich daran messen lassen, ob er die Autonomie und Würde des Menschen stärkt, anstatt neue Abhängigkeiten, Überwachungsstrukturen oder ökologische Lasten für kommende Generationen zu schaffen.
- **Wissenstransfer:** Wir schlagen Brücken zwischen Universitäten, Start-ups und der Gesellschaft. Innovationen müssen dort ankommen, wo sie gebraucht werden – im Alltag der Menschen.
- **Kultur als Identitätsstifter:** Kultur ist kein Luxusgut, sondern der Resonanzraum unserer Gesellschaft. Wir fördern die Kunstfreiheit und den Zugang zu kultureller Teilhabe für alle Menschen.

6.4: Das „PGM-Zukunftsjahr“

Anstatt junge Menschen zu einem Wehrdienst zu zwingen, schaffen wir Anreize, die ein Jahr im Dienste der Gemeinschaft unwiderstehlich machen.

- **Das FSJ-Plus:** Wer ein Freiwilliges Soziales Jahr (im sozialen Bereich, im Umweltschutz oder als freiwilligen Wehrdienst bei der Bundeswehr) leistet, erhält handfeste Vorteile:
 - Einen „**Bildungs-Bonus**“ (bevorzugte Studienplatzvergabe oder Anrechnung auf die Ausbildung).
 - Ein attraktives **Zukunftsgeld**, das über das aktuelle Taschengeld für ein FSJ hinausgeht.
 - Die Zeit wird voll auf die Rentenpunkte angerechnet.
- **Menschlichkeit im Dienst:** Verantwortung für die Gemeinschaft muss sich lohnen, nicht durch Zwang, sondern durch Anerkennung und echte Startvorteile für das spätere Leben.

6.5 Kultur & Medien: Der Puls der Gesellschaft

Wir begreifen Kultur nicht als entbehrliches Zusatzangebot oder reines Freizeitgut, sondern als das essenzielle Fundament unserer gesellschaftlichen Identität und den unverzichtbaren Resonanzraum für Diskurs, Reflexion und Zusammenhalt. Für uns ist die Förderung von Kunst und Kultur eine staatliche Kernaufgabe, die sicherstellt, dass eine Gesellschaft nicht nur funktioniert, sondern durch den ständigen Dialog über ihre Werte und Visionen lebendig bleibt und sich durch kreative Reibung stetig weiterentwickelt.

- **Teilhabe für alle:** Wir sichern die Kunstfreiheit und fördern kulturelle Räume – von der Hochkultur in den Metropolen bis zur Soziokultur auf dem Land. Kultur muss für jeden Geldbeutel zugänglich sein.
- **Medienkompetenz als Schutzschild:** In Zeiten von Fake News ist eine informierte Gesellschaft unsere stärkste Waffe. Wir stärken freie Medien und fördern die digitale Urteilskraft bereits in der Schule.
- **Kultur als Lebensmittel:** Kultur ist für uns ein unverzichtbarer Teil der öffentlichen Grundversorgung und kein Luxusgut. Wir fordern den barrierefreien Zugang zu Kunst und gesellschaftlicher Teilhabe für alle Menschen, unabhängig von ihrem Einkommen. Die PGM steht für eine faire und transparente Verteilung von Fördermitteln zwischen etablierten Institutionen und der freien Szene sowie die unbürokratische Nutzung vorhandener Ressourcen und Leerstände für kreative Entfaltung. Kultur ist die notwendige Basis für gesellschaftlichen Zusammenhalt und darf nicht als freiwillige Leistung zur Disposition stehen.

Der Transparenz-Funk (ÖRR-Reform)

Ein starker, unabhängiger Journalismus ist das Immunsystem unserer Demokratie. Doch Vertrauen braucht Transparenz.

- **Schlank & Modern:** Wir reformieren den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Fokus auf Information, Bildung und regionale Kultur statt auf teure Doppelstrukturen.

- **Integritäts-Check:** Wir deckeln Spitzgehälter im ÖRR nach dem Vorbild des öffentlichen Dienstes. Zudem stärken wir die Mitsprache der Bürgerinnen und Bürger bei den Programmschwerpunkten durch repräsentative Publikumsräte.

6.6 Lebenslanges Lernen: Das Recht auf Neuanfang

In einer dynamischen Welt ist Bildung kein abgeschlossener Prozess, sondern ein lebenslanger Begleiter.

- **Das Bildungskonto:** Wir wollen Strukturen schaffen, die es jedem Menschen ermöglichen, sich in jeder Lebensphase neu zu erfinden. Ob Umschulung, Vertiefung oder persönliche Weiterentwicklung – der Staat unterstützt den Mut zum Neuanfang flexibel und unbürokratisch.

6.7 Unser Ziel: Ein Fundament für jeden Traum

Wir wollen ein Land der unbegrenzten Möglichkeiten für jeden Geist. Unser Ziel ist ein Bildungssystem, das Talente entfesselt, statt Herkunft zu zementieren, und eine Wissenschaft, die frei forscht, um die Rätsel unserer Zeit zu lösen. Wir fördern eine Kultur, die verbindet, inspiriert und uns daran erinnert, was uns als Menschen ausmacht. Die PGM steht für eine Wissensgesellschaft, in der lebenslanges Lernen ein Recht ist und Neugier der Motor unseres gemeinsamen Fortschritts bleibt.

7. Mobilität, Infrastruktur und Raumordnung: Räume für Menschen

7.1 Verkehrspolitik: Mobilität als Freiheitsversprechen

Mobilität bedeutet Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Die PGM will, dass jeder Mensch ans Ziel kommt – ohne Reue und ohne Zwang.

- **Das vernetzte Rückgrat:** Die Bahn muss wieder funktionieren. Wir investieren in Schienen, Taktung und Komfort, damit der Zug zur echten Alternative wird.
- **Gemeinwohl statt Börsengang:** Wir bekennen uns zur Bahn als Kerninfrastruktur der Daseinsvorsorge. Wir lehnen Privatisierungsexperimente bei der Schiene ab. Die Bahn muss verlässlich, bezahlbar und ökologisch sein. Ihr Erfolg misst sich an der Pünktlichkeit und Erreichbarkeit, nicht an der Dividende.
- **Anbindung als Gerechtigkeitsfrage:** Ein Land darf nicht in „abgehängte Regionen“ zerfallen. Wir fordern die Erhaltung und Reaktivierung der Schieneninfrastruktur in der Fläche. Mobilität muss für jeden Bürger und jede Bürgerin – vom kleinsten Dorf bis zur Metropole – eine reale, bezahlbare Option sein.
- **Wahlfreiheit statt Ideologie:** Wir spielen Verkehrsmittel nicht gegeneinander aus. Das Auto ist im ländlichen Raum oft unverzichtbar, das Rad in der Stadt oft schneller. Wir schaffen einen **nahtlosen Mix:** Zum Beispiel mit einer App für alles – vom Bürgerbus bis zum Sharing-Angebot.
- **Lebensraum statt Blechlawine:** Wir rücken den Menschen wieder ins Zentrum der Stadtplanung. Fuß- und Radverkehr sind für uns keine Randerscheinungen, sondern das Fundament einer modernen, klimafreundlichen Mobilität. Wir schaffen sichere Wege und attraktive öffentliche Räume, in denen sich Jung und Alt frei bewegen können. Unser Ziel ist die echte Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmer: Städte müssen wieder Orte zum Leben sein und nicht nur Durchgangsstationen für das Auto. Eine menschengerechte Infrastruktur bedeutet Vorrang für Lebensqualität und Sicherheit.
- **Sicherheit durch Intelligenz:** Wir setzen auf digitale Verkehrssteuerung, um Staus zu vermeiden und die Sicherheit auf den Straßen zu erhöhen, besonders für die schwächsten Verkehrsteilnehmer.

7.2 Mobilität als Freiheitsrecht (Die Bürgerbahn)

Die Bahn ist das Rückgrat einer mobilen Gesellschaft. Wir führen sie zurück in die Hand der Gemeinschaft.

- **Mobilität als Teil der Daseinsvorsorge:** Wir begreifen den Schienenverkehr als unverzichtbare Infrastruktur, vergleichbar mit Wasser oder Strom. Eine Privatisierung von Kerninfrastrukturen lehnen wir ab. Die Bahn muss dem **Gemeinwohl verpflichtet** sein, nicht dem Shareholder-Value.
- **Vorrang der Fläche vor dem Prestigeprojekt:** Unser Grundsatz ist die **Anbindung der Regionen**. Mobilität bedeutet Freiheit für alle, nicht nur für Reisende zwischen Metropolen. Die Reaktivierung und Erhaltung der Schiene in der Fläche ist ein Gebot der Gerechtigkeit gegenüber dem ländlichen Raum.

- **Intermodale Vernetzung:** Wir streben ein Verkehrssystem an, das verschiedene Mittel nahtlos verbindet. Der Staat schafft die Plattformen, auf denen Mobilität einfach, bezahlbar und ökologisch sinnvoll für jeden Bürger und jede Bürgerin zugänglich ist.
- **Klimaschutz durch Attraktivität:** Wir bekennen uns zur Schiene als dem ökologischen Verkehrsmittel der Zukunft. Wir machen die Bahn zur echten Alternative, indem wir Verlässlichkeit und soziale Preisgestaltung zum Maßstab des Handelns machen.

7.3 Energie- & Versorgung: Sicher, bezahlbar, nachhaltig

Eine funktionierende Infrastruktur ist das unsichtbare Band, das unseren Wohlstand sichert.

- **Energie-Souveränität:** Wir fördern dezentrale Strukturen. Wenn die Gemeinde ihren Strom selbst produziert (Solar, Wind, Biogas), bleibt die Wertschöpfung vor Ort. Das ist wirtschaftlich klug und gerecht.
- **Intelligente Netze:** Wir investieren in moderne Speicher und Smart Grids, damit grüner Strom genau dort ankommt, wo er gebraucht wird – verlässlich und zu fairen Preisen.

Energie-Gerechtigkeit & Faire Netzentgelte

Gerechtigkeit bedeutet, dass Pionierleistung nicht bestraft werden darf.

- **Einheitliche Netzentgelte:** Wir beenden die absurde Situation, dass Regionen im Osten und Norden, die den Großteil der Windenergie produzieren, die höchsten Strompreise zahlen. Die Netzkosten müssen bundesweit solidarisch verteilt werden.
- **Bürger-Strom-Bonus:** Kommunen, die Flächen für Erneuerbare Energien bereitstellen, erhalten eine direkte finanzielle Beteiligung, um lokale Infrastruktur und soziale Projekte zu finanzieren.

7.4 Unser Ziel: Ein Pulsgeber für Stadt und Land

Wir wollen ein vernetztes Deutschland, in dem die Distanz zwischen Stadt und Land, zwischen Ost und West, keine Rolle mehr spielt. Unser Ziel ist eine Infrastruktur, die Mobilität als Freiheitsrecht begreift und digitale Teilhabe als Daseinsvorsorge garantiert. Wir schaffen lebenswerte Räume, in denen der Osten Deutschlands die Anerkennung und Investitionen erfährt, die ihm zustehen. Die PGM baut Brücken aus Glasfaser, Schienen und Respekt, um eine moderne Heimat für alle zu gestalten.

8. Außen-, Europa- und Sicherheitspolitik: Verantwortung in der Welt

8.1 Außenpolitik: Wertegeleiteter Realismus

Deutschland ist keine Insel. Unsere Freiheit und unser Wohlstand hängen von einer stabilen, regelbasierten Weltordnung ab.

- **Diplomatie als erste Wahl:** Wir setzen auf Dialog und Zusammenarbeit auf Augenhöhe. Deutschland muss ein Brückenbauer sein, der sich leidenschaftlich für Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und den Schutz der Schwächsten einsetzt.
- **Frieden als oberstes Gebot:** Das Völkerrecht ist der unumstößliche Kompass unserer Außenpolitik. Die PGM lehnt jede Unterstützung völkerrechtswidriger Angriffskriege strikt ab – egal von wem sie ausgehen. Wir setzen auf Diplomatie, Prävention und die Stärke des Rechts statt auf das Recht des Stärkeren. Deutschland muss eine aktive Friedensmacht sein, die sich für den Schutz der Zivilbevölkerung einsetzt.
- **Interessen und Werte vereinen:** Wir betreiben keine Politik der Naivität. Deutsche Außenpolitik muss unsere Sicherheitsinteressen klar benennen, dabei aber stets den moralischen Kompass der Menschlichkeit wahren.
- **Weltraum als Gemeingut:** Die PGM setzt sich international dafür ein, dass der Weltraum und seine Ressourcen nicht den Superreichen gehören, sondern als Erbe der Menschheit verwaltet werden. Wir fordern ein Verbot der Bewaffnung des Weltraums. Menschlichkeit gilt auch über der Erdatmosphäre.

8.2 Die Europäische Union: Unsere Heimat

Für die PGM ist Europa mehr als ein Binnenmarkt – es ist eine Schicksalsgemeinschaft der Freiheit.

- **Demokratisierung der EU:** Wir fordern ein bürgernäheres Europa. Das Europäische Parlament muss gestärkt werden, damit Entscheidungen transparent und demokratisch legitimiert sind.
- **Handlungsfähigkeit:** In der Außen- und Klimapolitik muss Europa mit einer Stimme sprechen. Wir fördern eine tiefe Integration dort, wo sie uns gemeinsam stärker macht, während wir die kulturelle Vielfalt der Regionen achten.
- **Europäische Eigenständigkeit:** Europa muss erwachsen werden. Wir fordern eine echte europäische Verteidigungs-Identität als starke Säule innerhalb der NATO, damit wir nicht länger von der Gunst außereuropäischer Mächte abhängen.

8.3 Internationale Gerechtigkeit: Verantwortung ohne Grenzen

Deutschland ist Teil einer Weltgemeinschaft. Unsere Gerechtigkeit darf nicht an unseren Außengrenzen enden.

- **Lieferketten mit Gewissen (LksG 2.0):** Wir verschärfen das Lieferkettengesetz. Unternehmen, die auf dem deutschen Markt agieren, haften für Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung in ihrer gesamten Kette. Kinderarbeit und Ausbeutung dürfen kein Wettbewerbsvorteil sein.

- **Faire Handelsbeziehungen statt Almosen:** Wir wollen den Abbau von Agrarsubventionen, die Märkte im globalen Süden zerstören. Wir fördern Partnerschaften auf Augenhöhe, die lokale Wertschöpfung vor Ort ermöglichen.
- **Klimagerechtigkeit:** Als Industrienation tragen wir eine historische Verantwortung. Wir unterstützen ärmere Länder finanziell und technologisch dabei, die Folgen des Klimawandels zu bewältigen und auf grüne Energien umzusteigen.
- **Globaler Gesundheitsschutz:** Wir fordern, dass bei globalen Pandemien Patente für lebensnotwendige Medikamente und Impfstoffe gegen eine faire Entschädigung freigegeben werden. Diese faire Entschädigung der Patentinhaber stellen wir dabei sicher, indem wir Lizenzgebühren an den tatsächlichen Forschungsaufwand und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Abnehmerländer koppeln. Das Überleben von Menschen muss immer über dem Patentschutz stehen.

8.4 Sicherheit & Migration: Schutz und Humanität

Sicherheit ist der Schutzraum unserer Freiheit. Wir denken sie daher ganzheitlich.

- **Moderne Verteidigung:** Wir bekennen uns zu unseren Bündnisverpflichtungen in NATO und EU und fordern eine Bundeswehr, die durch volle materielle Einsatzbereitschaft, digitale Überlegenheit und radikal entschlackte Beschaffungsprozesse den Schutz von Frieden und Freiheit glaubhaft garantiert. Effektive Verteidigung bedeutet für uns die Fähigkeit zur nahtlosen technologischen Kooperation mit unseren Partnern sowie die strategische Souveränität, um sowohl konventionellen militärischen Bedrohungen als auch hybriden Cyber-Angriffen auf unsere Infrastruktur wirksam zu begegnen und so die Sicherheit unserer demokratischen Lebensweise dauerhaft zu gewährleisten.
- **Sicherheit im digitalen Raum:** Cyberabwehr und der Schutz kritischer Infrastruktur sind für uns moderne Daseinsvorsorge.
- **Migration mit Herz und Ordnung:** Gerechtigkeit bedeutet, dass Regeln für alle gelten. Wer nach einem fairen, rechtsstaatlichen Verfahren kein Bleiberecht erhält, muss unser Land wieder verlassen.
- **Migrationspartnerschaften auf Augenhöhe:** Wir schließen Abkommen mit Herkunftsländern: Wir bieten legale Wege für Arbeitsmigration und Visa-Erleichterungen im Austausch für die verlässliche Rücknahme ihrer Staatsbürgerinnen und Staatsbürger ohne Bleibeperspektive.
- **Menschliche Standards bei Vollzug:** Wenn eine Abschiebung unvermeidbar ist, muss sie unter Wahrung der Menschenwürde erfolgen. Wir lehnen Nacht-und-Nebel-Aktionen, die Familien zerreißen, ab. Rückführungen müssen professionell, transparent und unter medizinischer sowie psychologischer Begleitung durchgeführt werden.
- **Ordnung:** Wir fordern ein solidarisches europäisches Grenzmanagement und klare, faire Regeln für Arbeitsmigration. Integration ist für uns ein zweiseitiger Prozess: Sie braucht staatliche Angebote und die Bereitschaft zur Teilhabe an unseren Werten.

8.5 Entwicklungszusammenarbeit: Partnerschaft auf Augenhöhe

Wir wollen Fluchtursachen bekämpfen, indem wir Perspektiven vor Ort schaffen.

- **Hilfe zur Selbsthilfe:** Wir fordern einen Paradigmenwechsel in der globalen Zusammenarbeit: Weg von einseitigen Finanzhilfen, hin zu einer echten wirtschaftlichen Partnerschaft auf Augenhöhe, die Fluchtursachen durch den konsequenten Abbau von wettbewerbsverzerrenden Exportsubventionen und die gezielte Förderung lokaler Wertschöpfungsketten direkt vor Ort bekämpft. Anstatt nur Rohstoffe zu beziehen, unterstützen wir den Aufbau eigenständiger Industrien durch den freien Transfer von Open-Source-Technologien und investieren in dezentrale Infrastrukturen, damit Menschen in ihrer Heimat durch fairen Marktzugang und digitale Souveränität echte ökonomische Unabhängigkeit und lebenswerte Zukunftsperspektiven gewinnen.
- **Transparenz und Wirkung:** Jeder Euro der Entwicklungszusammenarbeit muss dort ankommen, wo er gebraucht wird. Wir fordern eine strenge Erfolgskontrolle und die Stärkung lokaler demokratischer Strukturen.

8.6 Katastrophenschutz & Resilienz: Sicherheit für den Ernstfall

In einer instabilen Welt (Klimawandel, Geopolitik) muss Menschlichkeit auch bedeuten, im Ernstfall handlungsfähig zu sein.

- **Stärkung von THW & Rettungsdiensten:** Wir investieren in modernste Ausrüstung und stellen sicher, dass Helfer (oft Ehrenamtliche) im Einsatz volle Rückendeckung und psychologische Betreuung erhalten.
- **Krisenfestes Land:** Wir fördern die regionale Bevorratung und die Unabhängigkeit der kritischen Infrastruktur (Strom, Wasser, Medikamente). Ein menschlicher Staat lässt seine Bürgerinnen und Bürger im Chaos nicht allein.

8.7 Unser Ziel: Ein Anker der Stabilität

Wir wollen ein Deutschland, das mutig für seine Werte eintritt, aber besonnen handelt. Eine Welt, in der Zusammenarbeit den Vorrang vor Konfrontation hat. Die PGM steht für eine globale Ordnung, in der die Stärke des Rechts gilt, nicht das Recht des Stärkeren.

9. Zusammenhalt, Integration und Vielfalt: Die Wurzel unserer Gesellschaft

9.1 Migration & Integration: Realismus mit Herz

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Damit dies eine Erfolgsgeschichte bleibt, braucht es klare Regeln und echte Menschlichkeit.

- **Integration als Investition:** Integration ist kein passiver Vorgang, sondern aktive Teilhabe. Wir fordern den sofortigen, bürokratiefreien Arbeitsmarktzugang ab dem ersten Tag sowie die unmittelbare digitale Anerkennung von Qualifikationen, um Integration durch echte Teilhabe statt durch staatlich verordnetes Warten zu ermöglichen. Durch gezielte Anreize für Arbeitgeber, wie befristete Sozialversicherungsrabatte, und verpflichtende, berufsbegleitende Sprachförderung machen wir Arbeit zum zentralen Motor für gesellschaftliche Zugehörigkeit und ökonomische Eigenverantwortung.
- **Steuerung und Humanität:** Wir bekennen uns zur Hilfe für Schutzbedürftige, setzen aber auf transparente, schnelle Verfahren und eine ehrliche Abstimmung auf die Kapazitäten unserer Kommunen. Migration muss für alle Seiten funktionieren – für die Ankommenden und für die Aufnahmegesellschaft.
- **Qualifizierte Zuwanderung:** Wir begreifen qualifizierte Zuwanderung als Chance für unseren Wohlstand. Wer hier arbeiten, unsere Werte teilen und anpacken will, bekommt die Hand gereicht. Wir fordern ein unbürokratisches Punktesystem und sofortige Arbeitserlaubnis für Talente.

9.2 Gleichstellung & Diversität: Respekt als Fundament

Gerechtigkeit bedeutet, dass nur das Talent und der Charakter zählen, nicht die Herkunft oder Identität.

- **Chancengleichheit ohne Ausnahme:** Wir kämpfen gegen jede Form von Diskriminierung. In einer PGM-geführten Gesellschaft ist Vielfalt kein Schlagwort, sondern gelebte Realität. Wir fördern Strukturen, die Barrieren abbauen – in den Köpfen und in den Gesetzen.
- **Vielfalt als Stärke:** Eine diverse Gesellschaft ist innovativer und resilienter. Wir sehen in der Verschiedenheit der Lebensentwürfe keine Bedrohung, sondern einen kulturellen und wirtschaftlichen Gewinn für uns alle.
- **Selbstbestimmung und Schutz für LGBTQIA+:** Wir treten für eine Gesellschaft ein, in der jeder Mensch ohne Angst verschieden sein kann. Wir stellen uns entschlossen gegen die steigende Gewalt und Queerfeindlichkeit, fördern die Sichtbarkeit queerer Lebensentwürfe und bauen Diskriminierung in allen Lebensbereichen aktiv ab.

9.3 Frauenrechte durch Schutz, Teilhabe und aktive Prävention garantieren

In einer menschlichen Gesellschaft sind die Unversehrtheit und Gleichberechtigung von Frauen unantastbar. Wir brechen patriarchale Machtstrukturen auf.

- **Gewaltschutz & Istanbul-Konvention:** Wir garantieren die lückenlose Finanzierung von Frauenhäusern und Beratungsstellen. Jede Frau, die vor Gewalt flieht, muss sofort und

unbürokratisch einen sicheren Zufluchtsort finden. Femizide müssen als solche benannt und mit maximaler rechtsstaatlicher Konsequenz verfolgt werden.

- **Wirtschaftliche Unabhängigkeit:** Wir beenden den „Gender Pay Gap“. Durch Lohntransparenzgesetze und die Aufwertung von typischen Frauenberufen (Pflege, Erziehung) stellen wir sicher, dass Frauen finanziell auf eigenen Beinen stehen können.
- **Periodengerechtigkeit & Gender-Medizin:** Wir stellen Hygieneprodukte in öffentlichen Gebäuden und Schulen kostenlos zur Verfügung. In der Medizin fordern wir die Berücksichtigung weiblicher Physiologie in Forschung und Lehre, um Fehldiagnosen und falsche Behandlungen zu verhindern.
- **Politische Teilhabe:** Wir fördern Programme, die Frauen den Weg in Führungspositionen und politische Ämter ebnen. Eine Demokratie ist nur dann repräsentativ, wenn Frauen an allen Entscheidungstischen gleichberechtigt sitzen.

9.4 Sozialer Zusammenhalt: Die Schere schließen

Eine Gesellschaft, die auseinanderdriftet, verliert ihre Seele. Wir setzen auf Politik, die verbindet.

- **Gemeinwohl vor Einzelinteresse:** Wir stärken die soziale Infrastruktur – von Stadtteilzentren bis hin zu Projekten gegen Einsamkeit. Niemand darf das Gefühl haben, vom Fortschritt abgehängt zu sein.
- **Prävention statt Spaltung:** Wir investieren in Bildungsgerechtigkeit und soziale Sicherheit, um Spannungen abzubauen, bevor sie entstehen. Ein starker Zusammenhalt ist die beste Versicherung gegen Extremismus.

9.5 Zivilgesellschaft & Ehrenamt: Das Herz der Demokratie

Das Ehrenamt ist der unsichtbare Motor Deutschlands. Ohne die Millionen Freiwilligen stünde unser Land still. Sport ist der größte Integrationsmotor Deutschlands, wird aber oft nur als „Freizeit“ abgetan.

- **Entlastung für Engagierte:** Wir befreien Vereine und Initiativen von unnötiger Bürokratie. Wer sich für das Gemeinwohl einsetzt, darf nicht an Paragrafen scheitern.
- **Digitale Brücken:** Wir fördern digitale Plattformen, die Engagement erleichtern und Menschen mit Ideen und Ressourcen zusammenbringen – über Generationen- und Stadtgrenzen hinweg.
- **Sport-Infrastruktur-Garantie:** Wir investieren massiv in die Sanierung von Schwimmbädern und Sportplätzen. Jedes Kind muss schwimmen lernen können – das ist eine Frage der Sicherheit und Gerechtigkeit.
- **Entlastung der Vereine:** Wir befreien kleine Vereine von der Haftungsangst und der bürokratischen Last (z. B. bei der Gemeinnützigkeit), damit das Ehrenamt wieder Freude macht und nicht zur Last wird.

9.6 Inklusion: Barrierefreiheit als menschlicher Standard

Menschlichkeit bedeutet, dass kein Mensch vor verschlossenen Türen stehen darf – weder physisch noch digital.

- **Barrierefreiheit:** Wir fordern einen verbindlichen Stufenplan, um den öffentlichen Raum, den Nahverkehr und private Dienstleistungen (wie Arztpraxen oder Kinos) vollständig barrierefrei zu gestalten.
- **Sprache der Teilhabe:** Wir garantieren ein Recht auf Gebärdensprache und „Leichte Sprache“ in der Kommunikation mit Behörden. Inklusion ist ein Recht auf Augenhöhe.
- **Echte Teilhabe statt bloßer Fürsorge:** Menschlichkeit bedeutet, dass kein Mensch aufgrund einer Behinderung ausgebremst wird. Wir begreifen Inklusion als Menschenrecht, nicht als Almosen. Unser Ziel ist ein barrierefreies Deutschland – im öffentlichen Raum, im digitalen Leben und in den Köpfen. Wir fordern das Recht auf selbstbestimmtes Wohnen, Arbeiten und volle politische Mitbestimmung. Menschen mit Behinderungen sind für uns Experten in eigener Sache.

9.7 Unser Ziel: Ein Land, das niemanden vergisst

Wir wollen ein Deutschland, in dem wir uns wieder mit Respekt begegnen. Eine Gesellschaft, die offen für Neues ist, aber sicher in ihren Werten. Die PGM steht für einen Zusammenhalt, der nicht verordnet wird, sondern durch Gerechtigkeit und Menschlichkeit im Alltag wächst. Außerdem wollen wir ein Deutschland, in dem das Geschlecht oder die Herkunft niemals über die Sicherheit, das Einkommen oder die Lebenschancen entscheidet. Unser Ziel ist das Ende struktureller Benachteiligung und der Schutz jeder Frau vor Gewalt. Die PGM steht für eine echte Gleichberechtigung, die im Privaten beginnt und im Parlament endet – für ein Land, das die Vielfalt seiner Menschen als seine größte Stärke begreift.

10. Digitalisierung, Innovation und Zukunftstechnologien: Fortschritt mit Seele

10.1 Der digitale Staat: Zeit für das Wesentliche

Digitalisierung ist für die PGM kein Selbstzweck, sondern ein Werkzeug, um den Menschen Zeit und Autonomie zurückzugeben.

- **Glasfaser bis zur letzten Milchkanne:** Schnelles Internet ist Daseinsvorsorge. Wir garantieren den flächendeckenden Ausbau – auch im ländlichen Raum. Ein leistungsstarkes Netz ist die Voraussetzung für Homeoffice und moderne Bildung überall.
- **Das 48-Stunden-Service-Versprechen:** Behördengänge müssen einfach und digital sein. Wir führen die 48-Stunden-Reaktionsgarantie ein: Wer einen Antrag online stellt, erhält innerhalb von zwei Werktagen eine verbindliche Rückmeldung.
- **Die Digitale Genehmigungsfiktion:** Wenn der Staat Fristen ohne triftigen Grund verstreichen lässt, gilt ein einfacher Antrag im Sinne des Bürgers als vorläufig genehmigt. Effizienz ist eine Form von Respekt gegenüber deiner Zeit.
- **Recht auf Analoges:** Wir lassen niemanden zurück. Menschlichkeit bedeutet: Die Bürgerinnen und Bürger entscheiden, ob sie per App oder persönlich im Amt mit den Behörden sprechen. Ein analoger Zugang zu allen staatlichen Leistungen bleibt garantiert.

10.2 Künstliche Intelligenz & KI-Ethik: Der Mensch als Pilot

Wir begreifen Technologien wie KI, Quantencomputing und Biotechnologie als riesige Chancen für Medizin, Klimaschutz und Wohlstand.

- **Innovations-Ökosystem Deutschland:** Wir schaffen Freiräume für Start-ups und Forschung, damit die klugen Köpfe unserer Universitäten ihre Ideen hier verwirklichen können, statt ins Ausland abzuwandern.
- **Ethik als Baustein der Entwicklung:** Technologische Entwicklung darf niemals auf Kosten der menschlichen Würde gehen. Wir setzen uns für klare, demokratisch legitimierte Regeln ein: KI muss transparent sein, Diskriminierung vermeiden und stets unter menschlicher Kontrolle bleiben. Der Mensch ist der Pilot, die Technik der Co-Pilot.

10.3 Datenschutz & Cybersicherheit: Freiheit im Netz

Vertrauen ist die Währung der digitalen Welt. Ohne Sicherheit gibt es keine Freiheit.

- **Privatsphäre als Bürgerrecht:** Wir modernisieren den Datenschutz so, dass er den Menschen schützt, ohne Innovationen durch Bürokratie zu ersticken. Datensouveränität bedeutet: Du entscheidest, was mit deinen Daten passiert.
- **Digitale Landesverteidigung:** Cybersicherheit ist eine staatliche Kernaufgabe. Wir investieren massiv in den Schutz unserer kritischen Infrastruktur (Krankenhäuser, Stromnetze, Verwaltung) gegen Angriffe von außen. Starke Verschlüsselung ist für uns ein Grundrecht.

- **Daten-Dividende:** Wenn Konzerne wie Google oder Meta mit deinen persönlichen Daten (durch Training von KIs etc.) Milliarden verdienen, hast du ein Anrecht auf eine Beteiligung. Wir fordern eine **Mikro-Abgabe pro Datensatz**, die in einen sozialen Fonds für digitale Bildung fließt.
- **Autoren & Künstler:** Wir schützen die Schöpfer. Wenn KIs mit den Werken von Autoren, Musikern und Künstlern trainiert werden, ist das eine Form von Diebstahl. Wir fordern eine verpflichtende Vergütung für alle Urheber, deren Daten zur KI-Entwicklung genutzt werden. Menschliche Kreativität ist unantastbar.
- **Wahrheit als Bürgerrecht im KI-Zeitalter:** Wir schützen die Realität vor Manipulation. Die PGM fordert eine strikte Kennzeichnungspflicht für alle KI-generierten Medieninhalte. Die Verbreitung böswilliger Deepfakes wird strafrechtlich schärfer verfolgt. Wir stärken die digitale Quellen-Kompetenz aller Bürgerinnen und Bürger durch flächendeckende Bildungsangebote.

10.4 Unser Ziel: Ein menschliches High-Tech-Land

Wir wollen ein Deutschland, das den Mut hat, vorne mitzuspielen, ohne seine Werte zu opfern. Die PGM steht für eine Digitalisierung, die verbindet statt isoliert, die entlastet statt überwacht und die Chancen für alle schafft. **Wir gestalten die Zukunft – menschlich, innovativ, verantwortungsvoll.**

11. Regionale Politik & Subsidiarität: Demokratie von unten

11.1 Subsidiarität: Vertrauen in die Nähe

Für die PGM ist das Dorf oder das Stadtviertel das Herzschlagzentrum der Demokratie. Wir wollen den Staat vom Volke her denken, nicht vom Kanzleramt aus.

- **Entscheiden, wo es passiert:** Wir bekennen uns zur Subsidiarität. Probleme sollen dort gelöst werden, wo sie entstehen – in der Kommune. Bund und Länder dürfen nur dort eingreifen, wo die lokale Kraft nicht ausreicht.
- **Finanzielle Freiheit:** Wer Aufgaben delegiert, muss auch die Mittel bereitstellen. Wir fordern eine faire Finanzausstattung der Kommunen, damit Bürgermeister wieder gestalten können, statt nur Mangel zu verwalten. Kommunale Selbstverwaltung braucht ein eigenes Budget für Menschlichkeit.

11.2 Stadt und Land: Hand in Hand statt gegeneinander

Wir beenden die künstliche Spaltung zwischen urbanen Zentren und ländlichen Räumen.

- **Gleichwertige Lebensverhältnisse:** Es darf keine Bürgerinnen und Bürger zweiter Klasse geben, nur weil sie außerhalb der Ballungsräume leben. Wir stärken regionale Wirtschaftskreisläufe und sorgen dafür, dass Arztpraxen, Schulen und schnelles Internet in der Fläche zur Grundversorgung gehören.
- **Regionale Identität:** Wir geben Regionen die Freiheit, ihre eigenen Stärken zu entwickeln. Ob Tourismus, Handwerk oder High-Tech – die PGM unterstützt lokale Konzepte, die Arbeitsplätze und Heimatnähe sichern.

11.3 Kommunale Infrastruktur: Politik zum Anfassen

In der Kommune wird Politik für die Menschen sichtbar. Wir machen die Gemeinde zum Vorbild für einen modernen Staat.

- **Lebenswerte Nachbarschaften:** Wir investieren in moderne Schulen, Kitas und einen Nahverkehr, der auch im ländlichen Raum funktioniert. Öffentliche Räume müssen Orte der Begegnung sein – sicher, sauber und einladend.
- **Der gläserne Ratssaal:** Wir fordern maximale Transparenz in der Kommunalpolitik. Durch digitale Beteiligungsplattformen und regelmäßige Bürgerdialoge geben wir den Menschen ihre Stimme zurück. Echte Mitsprache bei Bauprojekten oder dem Gemeindehaushalt stärkt den sozialen Zusammenhalt.

11.4 Gerechtigkeit ohne Himmelsrichtung: Fokus Ostdeutschland

Der Osten Deutschlands hat eine einzigartige Transformationsleistung erbracht, die oft übersehen wird. Die PGM steht für eine echte biografische Augenhöhe. Der Osten braucht mehr als nur „gleiche Löhne“ – er braucht **Eigentum**. Wir vollenden die biografische Augenhöhe durch Vermögensaufbau.

- **Anerkennung der Ost-Biografien:** Wir sorgen dafür, dass Renten und Gehälter die spezifischen Erfahrungen und Leistungen der Menschen im Osten voll widerspiegeln.
- **Behörden & Eliten:** Wir fördern die Ansiedlung von Bundesbehörden und Forschungseinrichtungen in Ostdeutschland und garantieren eine faire Repräsentation ostdeutscher Biografien in Führungspositionen.
- **Rückkehr der Infrastruktur:** Wo Bankfilialen, Postämter und Bahnhöfe verschwunden sind, schaffen wir „Bürger-Hubs“, die digitale und analoge Dienstleistungen bündeln.
- **Erben-Gerechtigkeit fördern:** Da im Osten deutlich weniger vererbt wird, fordern wir einen „**Startkapital-Fonds**“ für junge Menschen in strukturschwachen Regionen (vor allem in Ostdeutschland), um den Aufbau von Wohneigentum oder Unternehmensgründungen zu ermöglichen.
- **DDR-Rentenlücken schließen:** Wir korrigieren die verbliebenen Ungerechtigkeiten bei der Überleitung von Zusatzrenten aus der DDR-Zeit (z.B. für Krankenschwestern, Bergleute oder in der Scheidungskinder-Problematik). Menschlichkeit heißt, Lebensleistungen nicht durch bürokratische Stichtage zu entwerten.

11.5 Unser Ziel: Ein Land der starken Gemeinden

Wir wollen ein Deutschland, das von unten nach oben wächst. Ein Land, in dem Bürgerbeteiligung kein Schlagwort ist, sondern gelebter Alltag. Die PGM steht für starke Regionen, handlungsfähige Kommunen und eine Politik, die wieder zuhört – direkt vor deiner Haustür.

12. Organisation & Umsetzung: Vorbild für die Demokratie

12.1 Struktur & Mitbestimmung: Die Partei als Mitmach-Projekt

Die PGM ist keine starre Hierarchie, sondern ein lebendiges Netzwerk. Wir wollen, dass sich Engagement auszahlt – nicht durch Posten, sondern durch Wirksamkeit.

- **Hybride Beteiligung:** Wir verbinden die Wichtigkeit analoger Treffen mit der Reichweite digitaler Plattformen. Entscheidungen werden dort getroffen, wo die Expertise sitzt, und dort legitimiert, wo die Basis steht.
- **Offene Debattenkultur:** Wir haben keine Angst vor verschiedenen Ansichten. Menschlichkeit bedeutet auch, einander ausreden zu lassen und Argumente über Ideologien zu stellen. Transparenz in Finanzen und Entscheidungswegen ist für uns eine Selbstverständlichkeit.

12.2 Programmdynamik: Politik, die lernt

Die Welt von morgen lässt sich nicht mit den Programmen von gestern steuern. Die PGM versteht sich als „lernende Organisation“.

- **Evidenz statt Dogma:** Unsere Positionen basieren auf wissenschaftlichen Fakten und gesellschaftlicher Realität. Wenn sich die Fakten ändern, ändern wir unsere Lösungen.
- **Pilotprojekte:** Bevor wir nationale Reformen umsetzen, setzen wir auf regionale Testphasen. Wir wollen wissen, ob eine Idee in der Praxis funktioniert, bevor wir sie zum Gesetz machen. Politik muss messbar und überprüfbar sein.

12.3 Das PGM-Integritätsversprechen: Politik ohne Schatten

Wir treten an, um dem Gemeinwohl zu dienen, nicht der eigenen Karriere. Vertrauen entsteht durch Integrität.

- **Kein Raum für Lobby-Schatten:** Mandatsträger der PGM verpflichten sich zu einem gläsernen Terminkalender. Jedes Gespräch mit Interessenvertretern wird öffentlich dokumentiert. Nebeneinkünfte, die einen Interessenkonflikt suggerieren, führen zum Ausschluss aus der Fraktion.
- **Radikale Trennung:** Wir streben langfristig die Trennung von Parteiamt und Regierungsamt (Trennung von Amt und Mandat) an. Die PGM ist kein Karriere-Netzwerk, sondern eine politische Werkstatt.
- **Saubere Hände in der Politik:** Wir führen langfristig eine unabhängige Ethik-Kommission innerhalb der Partei ein, die Verdachtsfällen von Korruption oder Vetternwirtschaft nachgeht. Wer die Menschlichkeit im Namen trägt, muss die Integrität im Herzen haben.
- **Echtzeit-Lobbyregister:** Jede Änderung an einem Gesetzestext muss mit einem „Fußabdruck“ versehen werden: Welcher Lobbyist hat wann mit welchem Politiker über diesen Satz gesprochen?

- **Verbot von Parteispenden durch Unternehmen:** Die PGM fordert: Nur Privatpersonen dürfen spenden, und das bis zu einer strikten Obergrenze. Konzerne haben keine Wählerstimme, also sollen sie auch keinen finanziellen Einfluss auf die Politik haben.

12.4 Unser Ziel: Eine neue politische Kultur

Wir wollen eine Partei sein, auf die man stolz sein kann. Eine Organisation, die zeigt, dass Professionalität und Menschlichkeit, Macht und Moral zusammengehören. Die PGM ist das Werkzeug für alle, die Deutschland nicht nur verwalten, sondern zum Besseren verändern wollen.

13. Schlusswort / Ausblick: Die Zukunft beginnt mit uns

13.1 Unsere Vision: Ein Land, das wieder hoffen darf

Die PGM ist mehr als eine Liste von Forderungen. Sie ist ein Versprechen an die Zukunft.

- **Ein neues Miteinander:** Wir sehen ein Deutschland, in dem Fortschritt nicht auf Kosten der Menschlichkeit geht, sondern ihr dient. Ein Land, in dem technologische Exzellenz und soziale Wärme keine Gegensätze sind, sondern sich gegenseitig bedingen.
- **Mut zur Gestaltung:** Wir warten nicht darauf, dass die Zukunft passiert. Wir gestalten sie aktiv – mit einem Staat, der effizient schützt, und einer Gesellschaft, die einander vertraut. Unsere Vision ist eine Demokratie, die durch Beteiligung lebt und durch Ergebnisse überzeugt.

13.2 Dein Platz in der PGM: Ein Aufruf zur Bewegung

Politik ist zu wichtig, um sie nur den Berufspolitikern zu überlassen. Die PGM ist die Heimat für alle, die nicht länger nur zuschauen wollen.

- **Jede Stimme zählt:** Ob du Expertise in die Facharbeit einbringst, vor Ort in deiner Gemeinde anpackst oder digital unsere Botschaften verbreitest – bei uns bist du kein Beitragszahler, sondern Mitgestalter.
- **Offen für Ideen:** Wir suchen Menschen mit Haltung, Visionen und dem Mut, Verantwortung zu übernehmen. Werde Teil einer neuen politischen Kultur, die auf Respekt, Sachlichkeit und echter Menschlichkeit basiert.

13.3 Unser Kompass für die kommenden Jahre

Die Welt steht vor gewaltigen Umbrüchen. Unser Weg für die PGM ist klar definiert:

1. **Innovation entfesseln:** Wir machen Deutschland zum Vorreiter für nachhaltige Technologien und digitale Freiheit.
2. **Gerechtigkeit leben:** Wir entkoppeln Herkunft von Erfolg und sorgen für faire Chancen für alle, in jeder Lebensphase.
3. **Zusammenhalt stärken:** Wir bauen Brücken zwischen Stadt und Land, Jung und Alt, Tradition und Moderne.
4. **Menschlichkeit bewahren:** Wir stellen das Individuum ins Zentrum jeder Entscheidung.

Die PGM steht für eine Politik, die das Morgen heute anpackt. Unser Ziel ist klar: Eine menschliche, gerechte und zukunftsfähige Gesellschaft. **Für uns alle. Komm an Bord.**

„Gerechtigkeit im Kopf. Menschlichkeit im Herzen. Politik, die dich wieder sieht.“

